

**FRIEDEN.
VERNUNFT.
GERECHTIGKEIT.**

BSW

Landesverband
Rheinland-Pfalz



Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2026

rp.bsw-vg.de

Rheinland-Pfalz neu denken: Frieden. Vernunft. Gerechtigkeit.

1. VORWORT	5
2. RHEINLAND-PFALZ IST UNSER MITTELPUNKT	8
2.1. JAHRZEHNTE FALSCHER POLITIK	8
2.2. GERECHTIGKEIT STATT UNGLEICHHEIT	8
2.3. UNTERFINANZIERTE KOMMUNEN UND STEIGENDE SCHULDEN	9
2.4. LANDESREGIERUNG OHNE GESTALTUNGSWILLEN	9
3. OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS: BSW IST DIE EINZIGE STIMME DER VERNUNFT	10
3.1. KEINE MITTELSTRECKENRAKETEN UND KEINE ATOMWAFFEN	10
3.2. BILDUNG UND FRIEDENSERZIEHUNG STATT KRIEGSWIRTSCHAFT UND WAFFENEXPORTE	10
4. STARKE WIRTSCHAFT: MITTELSTAND, HANDWERK UND REGIONALE BETRIEBE STÄRKEN	11
4.1. WIRTSCHAFT STÄRKEN, BÜROKRATIE ABBAUEN	12
4.2. FÜR EINEN STAAT, DER FUNKTIONIERT UND DIE WIRTSCHAFT FÖRDERT	12
4.3. BEZAHLBARE ENERGIEKOSTEN UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN	13
4.4. VERFALL DER INFRASTRUKTUR STOPPEN - DESASTER DER SPD-GEFÜHRTEN AMPELREGIERUNG BEENDEN	13
4.5. VERANTWORTUNGSVOLL FINANZIEREN	15
5. ARMUT BEKÄMPFEN – SOZIALE SICHERHEIT SCHAFFEN	15
5.1. POLITIKVERSAGEN BEENDEN	15
5.2. POLITIK FÜR DIE MEHRHEIT	16
5.3. WIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATION MIT SOZIALER ABSICHERUNG UND WEITERBILDUNG	17
5.4. SOZIALE POLITIK IST KERNANLIEGEN DES BSW	17
6. DEMOKRATIE NEU DENKEN!	19
6.1. MEINUNGSFREIHEIT UND ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK	19
6.2. MEHR DIREKTE DEMOKRATIE WAGEN: VOLKSENTSCHEIDE UND WAHLEN	21
7. BILDUNG UND AUSBILDUNG: RHEINLAND-PFALZ DARF NICHT SCHLUSSLICHT BLEIBEN	22
7.1. BERUFLICHE BILDUNG, HOCHSCHULE UND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT	25
7.2. FRIEDENSERZIEHUNG STATT KRIEGSTÜCHTIGKEIT	26
7.3. FREIWILLIGENDIENSTE STÄRKEN	26
7.4. GESTALTUNG UND FINANZIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS IST POLITISCHE PFLICHT	27
8. GESUNDHEITSVERSORGUNG – SCHNELL, ÜBERALL UND BEZAHLBAR	28

8.1. MENSCHLICHE PFLEGE IST KEIN RENDITEMODELL	31
8.2. PFLEGEBERUFE AUFWERTEN, STRUKTUREN NEU DENKEN.....	32
8.3. PFLEGEKAMMER RHEINLAND-PFALZ: VIELLEICHT GUT GEMEINT, SCHLECHT GEMACHT.....	33
9. ZUHAUSE MUSS WIEDER BEZAHLBAR WERDEN	34
9.1. SOZIALEN WOHNUNGSBAU: FERTIGSTELLUNGEN VERDOPPELN	34
9.2. GENOSSENSCHAFTEN FÖRDERN, BAURECHT VEREINFACHEN.....	35
9.3. DEM KLIMAWANDEL ENTGEGENTRETEN, ABER SOZIALVERTRÄGLICH.....	35
9.4. WOHNEN ALS GRUNDRECHT: GEMEINNÜTZIGKEIT STÄRKEN, MIETEN DECKELN	36
10. MOBILITÄT IST KEIN LUXUS.....	37
10.1. ALLTAGSTAUGLICH STATT IDEOLOGISCH	37
10.2. ÖFFENTLICHER PERSONEN-NAHVERKEHR: KERN ZUKUNFTSFÄHIGER VERKEHRSPOLITIK.....	38
10.3. MEHR RADWEGE	39
10.4. NACHHALTIG – AUCH PLANUNG UND FINANZIERUNG	40
10.5. GUTE LÖHNE FÜR GUTE ARBEIT.....	40
10.6. 50 JAHRE ALTES VERSPRECHEN UMSETZEN: GÜTERVERKEHR AUF DIE SCHIENE	40
10.7. ZU FUß SICHER ANKOMMEN UND STÄDTE FÜR MENSCHEN GESTALTEN.....	41
10.8. BARRIEREFREIE MOBILITÄT	41
11. INNERE SICHERHEIT UND RECHTSSTAAT STÄRKEN, CORONA KONSEQUENT AUFARBEITEN	42
11.1. CORONA-POLITIK KONSEQUENT AUFARBEITEN.....	43
11.2. EIN STARKER STAAT FÜR SICHERHEIT UND RECHT	44
11.3. RECHTSSTAAT VERSUS ÜBERWACHUNGSSTAAT.....	45
11.4. MEHR PERSONAL UND BESSERE AUSSTATTUNG FÜR DIE JUSTIZ	46
11.5. KATASTROPHENVORSORGE UND NOTFALLVERSORGUNG ALS STAATSAUFGABE.....	47
12. KULTURBETRIEB DAUERHAFT ABSICHERN, SPORT FÖRDERN	48
12.1. LEUCHTTÜRME UND LOKALE KULTURPROJEKTE NACHHALTIG ABSICHERN.....	48
12.2. BREITEN- UND LEISTUNGSSPORT FÖRDERN	49
13. FÜR EINE REALISTISCHE UND GERECHTE ZUWANDERUNGSPOLITIK.....	49
13.1. GESELLSCHAFTLICHE AKZEPTANZ IST VORAUSSETZUNG	50
13.2. STEUERUNG UND BEGRENZUNG DER MIGRATION	51
13.3. HANDLUNGSFÄHIGE BEHÖRDEN	51
13.4. INTEGRATION AB DEM ERSTEN TAG.....	52
13.5. GESELLSCHAFTLICHE STABILITÄT UND GEWALTPRÄVENTION.....	52
13.6. URSACHEN VON MIGRATION BEKÄMPFEN.....	53
14. WEINBAU, LANDWIRTSCHAFT, TOURISMUS – IDENTITÄT UND WIRTSCHAFTSFAKTOR.....	53
14.1. FAMILIENBETRIEBE UNTERSTÜTZEN UND FÖRDERN	54
14.2. HOCHWERTIGE NUTZFLÄCHEN SCHÜTZEN UND ERHALTEN	55
14.3. WEINBAU ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN	55
14.4. GLEICHWERTIGES LEBEN IN STADT UND LAND	56
14.5. TOURISMUS IM EINKLANG MIT ANDEREN INTERESSEN.....	56
15. KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ IDEOLOGIEFREI, ENERGIE AUS BÜRGERHAND.....	57
15.1. STRATEGIEN FÜR WIRTSCHAFTLICH SINNVOLLE, KLIMANEUTRALE ENERGIEVERSORGUNG.....	58
15.2. SOZIAL GERECHTER UMBAU DER ENERGIEVERSORGUNG IST EIN MUSS	59
15.3. KRIEG UND MILITÄR SIND KLIMA-KILLER NUMMER EINS.....	60
15.4. ENERGIEWENDE: REGIONAL UND VERNÜNFTIG.....	60
15.5. ZERSIEDLUNG STOPPEN - NATUR UND ARTEN SCHÜTZEN DURCH NACHHALTIGE FORSTWIRTSCHAFT.....	61
15.6. REPARIEREN STATT WEGWERFEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN	62

1. Vorwort



Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,

am 22. März geht es um eine Richtungsentscheidung
in Ihrem Bundesland!

Rheinland-Pfalz braucht endlich eine verlässliche
Opposition für Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit.
Ich verspreche Ihnen: Mit einer BSW-Fraktion im
Mainzer Landtag gibt es kein Weiter so bürgerferner
Politik, sondern mit uns geht es wieder um Ihre ganz
konkreten Probleme und Hoffnungen.

Je stärker das BSW am 22. März wird, desto mehr
können wir für Sie erreichen. Je stärker das BSW in
den Landtag einzieht, desto lauter ist die Stimme für
Frieden und Gerechtigkeit in der Politik. Eine neue

BSW-Fraktion in Rheinland-Pfalz wäre auch ein
deutliches Signal nach Berlin, wo die Politik der
schwarz-roten Bundesregierung jetzt schon so
unbeliebt ist wie die desolate Ampel nach drei
Jahren.

Friedrich Merz ist wahrscheinlich der schlechteste
Bundeskanzler in der Geschichte der
Bundesrepublik. Merz startete mit einem großen
Wahlbetrug, einem gigantischen
schuldenfinanzierten Aufrüstungsprogramm.
Seitdem hat der Kanzler nahezu jedes seiner
Wahlversprechen gebrochen. Die Wirtschaft ist
angesichts hoher Energiepreise und Bürokratie-
Gängelei weiter auf Talfahrt. Die Industrie leidet

unter der Wirtschaftspolitik aus Berlin, der Pleitegeier kreist über vielen Unternehmen auch in Rheinland-Pfalz und der Zustand unserer Infrastruktur ist eine Schande. Der Industriestandort und hunderttausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Kaufkraft und Wohlstand wurden bereits durch die hohe Inflation vernichtet. Menschen mit geringen Einkommen oder schmalen Renten kommen kaum noch über die Runden. Um das Wetterrücken finanzieren zu können, drohen rabiate Kürzungen bei sozialer Sicherheit, Gesundheit und Pflege.

Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz bietet dem Berliner Irrsinn leider kein Paroli, sondern trägt die wichtigsten Entscheidungen im Bundesrat sogar noch mit. Dass der Rüstungsetat von 52 auf 153 Milliarden Euro steigen wird, ist nur durch die Billigung Alexander Schweitzers und anderer Länderchefs möglich. Während auch die Linke im Bundesrat zustimmte, hat das BSW die Kriegskredite abgelehnt.

Deutschland erlebt die größte Aufrüstung seit 1945. Statt unser Land mit Wehrpflicht und einer Militarisierung bis in die Schulen hinein „kriegstüchtig“ zu machen, braucht es eine Rückbesinnung auf die friedliche Beilegung von Konflikten und Abrüstung. Gegen eine Politik, die die Zukunft unseres Landes gefährdet und die direkte Kriegsgefahr für Deutschland erhöht, hat sich das BSW gegründet. Das sind die Prinzipien, die unser Handeln leiten:

In der Wirtschafts- und Energiepolitik muss wieder Vernunft Einzug halten, statt den Bürgern E-Autos und Wärmepumpen aufzuzwingen, die sich die meisten schlicht nicht leisten können. Löhne und

Renten sind in Deutschland für zu viele zu niedrig, Steuern und Abgaben sind dagegen für Normalverdiener und Durchschnittsrentner zu hoch! Statt Freiheit und die Meinung des anderen zu achten, breitet sich ein autoritärer Politikstil aus, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben und zu sprechen haben. Auf der anderen Seite lernen immer weniger Kinder in unseren Schulen auch nur richtig lesen, rechnen und schreiben. All das gefährdet Gemeinsinn und Zusammenhalt und damit die Zukunft unseres Landes. Wirtschaftliche Vernunft, eine gerechte Leistungsgesellschaft, eine friedliche Außenpolitik, echte Meinungsfreiheit und ein Stopp der unkontrollierten Migration sind wichtige Schwerpunkte unserer Partei.

In Rheinland-Pfalz leiten fünf zentrale Forderungen unser Handeln:

1. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme gegen ein Weiter so der alten Parteien. Wir werden uns kompromisslos für Frieden einsetzen. Dafür, dass die wahnwitzige Aufrüstung gestoppt wird, der Krieg in der Ukraine endet und die Gefahr eines dritten Weltkriegs gebannt wird. Wir lehnen die Wehrpflicht ab!
2. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme dafür, dass künftig die Interessen von Familien, Arbeitnehmern, Unternehmen und Rentnern im Mittelpunkt der Politik stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Industrie geschützt wird. Das Verbrenner-Verbot ist Gift! Die Wirtschaft braucht preiswerte Energie und muss von unsinniger Bürokratie befreit werden. Kein Arbeitnehmer soll weniger als 15 Euro in der Stunde verdienen und kein Rentner mit einer Rente bis

2000 Euro Steuern bezahlen müssen. Dafür braucht es Bundesratsinitiativen der nächsten Landesregierung!

3. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme für exzellente Schulen, in denen jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die besten Bildungschancen erhält. Wir setzen uns dafür ein, dass der Lehrermangel beendet wird und in den Grundschulen wieder das Erlernen der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen im Vordergrund steht. Handys und Tablets haben in den Händen von Kindern in der Grundschule nichts verloren.

4. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme gegen die unkontrollierte Migration, die Kommunen und Bürger weiterhin überfordert. Mit uns gibt es Kontrolle und Begrenzung ohne Diskriminierung und Rassismus. Der zunehmenden Kriminalität begegnen wir mit einer bürgernahen Polizei und einer effektiven und schnellen Justiz. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss das Land verlassen.

5. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme für Meinungsfreiheit und gegen Cancel Culture, eine Stimme für die konsequente Aufarbeitung der Corona-Zeit durch einen Corona-Untersuchungsausschuss im Mainzer Landtag, der Verantwortliche vorlädt. Das BSW hat bereits in mehreren Landtagen Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Auch Rheinland-Pfalz braucht eine Corona-Untersuchung! Monatelange Kita- und Schulschließungen, der unsägliche Umgang mit Altenheimen und die Ausgrenzung Andersdenkender sind aufzuarbeiten. Wer wegen

Nichtbefolgung abstruser Regeln mit Geldbußen belegt wurde oder an den Folgen der Impfung leidet, muss entschädigt werden.

Das sind unsere Ziele. Wir werben um Ihr Vertrauen.

Ihre

Sahra Wagenknecht



2. Rheinland-Pfalz ist unser Mittelpunkt

Unser Bundesland zeigt deutlich, was in Deutschland schief läuft: Eine vernachlässigte Infrastruktur, abgehängte Regionen, überforderte und überschuldete Kommunen, marode Schulen, geschlossene Krankenhäuser und eine Bevölkerung, die sich immer häufiger fragt, ob ihre Lebensleistung noch zählt. Unser Land befindet sich in einer tiefen Krise. Die Bürgerinnen und Bürger erleben im Alltag, dass es bergab geht: Die Preise steigen, die Löhne halten nicht Schritt. Ärzte, Pflegekräfte, Erzieher und Lehrer fehlen. Rheinland-Pfalz droht die Deindustrialisierung: Zuletzt wurden alleine in der Südpfalz mehr als 1.000 Industriearbeitsplätze abgebaut, Daimler kündigt den Abbau von weiteren 5.000 Stellen an und der Chemieriese BASF verlagert immer mehr Stellen ins Ausland. Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das zusammenhält – ein Land, in dem Leistung anerkannt, Solidarität gelebt und Demokratie gestärkt wird. Wir wollen, dass sich Familien wieder ein sicheres Zuhause leisten können, dass Kinder gute Bildungschancen haben und dass die Kommunen die Aufgaben erfüllen können, die unser Gemeinwesen tragen. Das BSW steht für eine Politik mit Herz, Verstand und Rückgrat.

2.1. Jahrzehnte falscher Politik

Jahrzehntelange Fehlentscheidungen, ideologische Träumereien und neoliberale Sparpolitik einer SPD-geführten Landesregierung sind mitverantwortlich für den beschriebenen Zustand. Unser Land, das einst industrielle, handwerkliche und landwirtschaftliche Stärke, kulturelle Vielfalt und Bildungsbegeisterung ausstrahlte, wurde über Jahrzehnte nur schlecht verwaltet – nicht aber vernünftig gestaltet. Statt in Infrastruktur und Zukunftstechnologie zu investieren, wurden Ideologieprojekte gefördert. Die Ampel-Koalition, jetzt unter Ministerpräsident Alexander Schweitzer, schafft es nicht, die zentralen Herausforderungen in Rheinland-Pfalz zu bewältigen – weder im Gesundheitswesen noch bei der Bildungsinfrastruktur oder der wirtschaftlichen Entwicklung.

2.2. Gerechtigkeit statt Ungleichheit

Gerechtigkeit ist der Kern einer funktionierenden Gesellschaft. Doch die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Wer mit seiner Arbeit das Land am Laufen hält, zahlt oft

29 die höchsten Steuern im Verhältnis zu seinem Einkommen, während große Vermögen kaum
30 etwas beitragen. Das ist weder gerecht noch ökonomisch sinnvoll. Rheinland-Pfalz soll sich
31 daher im Bundesrat für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und für eine gerechte
32 Einkommensteuerreform einsetzen.

33 **2.3. Unterfinanzierte Kommunen und steigende Schulden**

34 Die Landesregierung verstößt seit vielen Jahren gegen die Landesverfassung, weil sie die
35 Kommunen im Land skandalös unterfinanziert. Dafür ist sie bereits zweimal vom
36 Verfassungsgerichtshof verurteilt worden. Die Ampel lässt sich für den Ausbau der Kitas feiern
37 – und lädt die Kosten dafür bei den Kommunen ab. Die in der Verfassung festgelegte
38 „kommunale Selbstverwaltung“ ist zur hohlen Phrase verkommen – mit wenigen Ausnahmen
39 beschließen rheinland-pfälzische Stadträte und Kreistage nur noch Haushalte mit
40 Pflichtaufgaben – und alleine hierfür müssen sie Kredite aufnehmen. Bund und Land
41 übertragen immer neue Aufgaben an die Kommunen, ohne für eine ausreichende Finanzierung
42 zu sorgen. Wir fordern eine verfassungskonforme und auskömmliche Kommunalfinanzierung
43 in Rheinland-Pfalz.

44 Für überschuldete Kommunen fordert das BSW eine wirksame Entschuldung, die diesen
45 Namen auch verdient. Eine wirksame Entschuldung bedeutet: Komplette Übernahme der
46 Altschulden durch Bund und Land zum Stichtag und Finanzierungsgarantie für übertragene
47 Aufgaben, insbesondere im Sozialhaushalt. Eine gute Finanzausstattung der Gemeinden ist
48 Voraussetzung für funktionierende öffentliche Einrichtungen. Wir wollen Schwimmbäder
49 retten, Schulen sanieren und den Ausbau von Ganztagschulen und Kitas beschleunigen. Ganz
50 nebenbei entstünden durch ein umfassendes kommunales Bau- und Sanierungsprogramm
51 tausende Arbeitsplätze. Eine starke Kommune ist die Basis für ein starkes Land.

52 **2.4. Landesregierung ohne Gestaltungswillen**

53 Rheinland-Pfalz braucht keine neuen Strukturpapiere, sondern konkrete politische Umkehr:
54 Die ländlichen Räume müssen wieder lebendige Lebensräume werden – mit medizinischer
55 Versorgung, Nahverkehr, digitaler Anbindung und sicheren Arbeitsplätzen. Rheinland-Pfalz
56 steht an einem Wendepunkt. Immer mehr Menschen spüren, dass Politik heute zu oft an ihren
57 alltäglichen Sorgen vorbei entscheidet und keine belastbaren Konzepte hat. Während viele

58 Familien unter steigenden Preisen leiden und Gemeinden um ihre Schwimmbäder, Schulen
59 und Kitas kämpfen, profitieren Besitzer großer Vermögen und Konzerne von
60 Steuerschlupflöchern und Sonderregeln. Das BSW will das ändern.

61 **3. Ohne Frieden ist alles nichts: BSW ist die einzige Stimme der Vernunft**

62 Die Welt befindet sich in einer Phase gefährlicher Konfrontationen – und Deutschland rutscht
63 immer tiefer hinein. Ungeachtet seines Wahlversprechens, keine neuen Schulden aufzubauen,
64 startete die Bundesregierung von Kanzler Merz mit einem gigantischen und historisch
65 beispiellosen schuldenfinanzierten Aufrüstungsprogramm in ihre Amtszeit.

66 **3.1. Keine Mittelstreckenraketen und keine Atomwaffen**

67 Mit der Airbase Ramstein und den Fliegerhorsten in Büchel und Spangdahlem gehört
68 Rheinland-Pfalz zu den ersten militärischen Zielen bei einem Krieg mit Russland. Unsere
69 Landesregierung muss sich eindeutig gegen den Kurs eines unverantwortlichen Rüstungswahns
70 und gegen die zunehmende Konfrontation zwischen der Nato und Russland aussprechen. Dazu
71 gehört zuallererst die Ablehnung der geplanten Stationierung von weitreichenden
72 Mittelstreckenraketen in Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Wir lehnen die Airbase
73 Ramstein als Satelliten-Relaisstation für die völkerrechtswidrigen Drohnenkriege der USA
74 strikt ab und wollen, dass diese beendet werden. Statt der sogenannten “atomaren
75 Teilhabe“ wollen wir, dass der schon 2005 gefasste Beschluss des Landtags, alle Atomwaffen aus
76 Rheinland-Pfalz abzuziehen, endlich umgesetzt wird. Außerdem werden wir uns dafür
77 einsetzen, dass die Bundesrepublik den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Wir fordern
78 die Ausarbeitung realistischer Konzepte für die zivile Umnutzung aller Militärstützpunkte in
79 unserem Land. Dafür braucht es ein starkes BSW im Landtag Rheinland-Pfalz, gestützt von
80 Stimmen aus der Bevölkerung und der Friedensbewegung.

81 **3.2. Bildung und Friedenserziehung statt Kriegswirtschaft und Waffenexporte**

82 Wir wollen eine Bundeswehr, die unser Land verteidigen kann und dazu angemessen
83 ausgerüstet ist – aber im Schulunterricht hat Werbung für die Bundeswehr nichts verloren
84 (Beutelsbacher Konsens).

85 Wir stärken die Friedenserziehung und damit verbunden wollen wir Konzepte des zivilen
86 Widerstands und der Widerstandskraft gegen alle aktuellen Bedrohungen entwickeln. Die von
87 der Bundesregierung für das Fünf-Prozent-Ziel der NATO jährlich verplanten dreistelligen
88 Milliardenbeträgen wollen wir für Bildung, unser Gesundheitswesen, die Pflege, für
89 auskömmliche Renten, günstige Energiepreise für Wirtschaft und Verbraucher sowie
90 Steuererleichterungen für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nutzen.
91 Dreistellige Milliardenbeträge für Rüstung - jährlich weit mehr als 200 Milliarden Euro -
92 werden finanziert durch Kürzungen bei Bildung, Pflege, Gesundheit und öffentlicher
93 Infrastruktur, auch in Rheinland-Pfalz. Das ist keine Sicherheitspolitik – das ist ein
94 Generalangriff auf den Sozialstaat. Während der Westen militärisch zehnmal so viel ausgibt wie
95 Russland, wird der deutsche Steuerzahler in ein Wettrüsten gezwungen, das nicht den
96 Menschen dient, sondern den Profiteuren der Rüstungsindustrie.
97 Als einzige Partei im Bundestagswahlkampf haben wir uns konsequent gegen Aufrüstung und
98 Kriegspolitik gestellt. Wir wenden uns weiterhin entschieden gegen eine Rückkehr in Zeiten
99 des kalten Krieges mit seinen Feindbildern, Lügen- und Hetzkampagnen. Stattdessen fordern
100 wir internationale Friedensinitiativen für die Ukraine, Gaza, Israel-Iran und alle weiteren
101 Krisengebiete. Nein zur Wehrpflicht! Stopp von Waffenexporten und Finanzhilfen in Kriegs-
102 und Krisengebiete! Wir wollen das Primat des Völkerrechts wieder herstellen, humanitäre
103 Hilfen ausbauen und verstärken und fordern einen internationalen Aufbaufonds für die
104 Ukraine, Gaza und andere Krisengebiete.

105 **4. Starke Wirtschaft: Mittelstand, Handwerk und regionale Betriebe stärken**

106 Unsere Wirtschaft braucht keine ideologischen Experimente, sondern Planungssicherheit,
107 weniger Bürokratie, günstige Energie und eine funktionierende Infrastruktur.
108 Wir fordern eine Rückkehr zu wirtschaftlicher Vernunft: Die Wiederinbetriebnahme der
109 Nord-Stream-Pipelines gehört auf die Tagesordnung. Deutschland braucht günstige Energie, um
110 Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Deindustrialisierung zu
111 stoppen.
112 Der Mittelstand, das Handwerk, kleine Betriebe und Selbstständige sind das Rückgrat unserer
113 Wirtschaft in RLP. Wir wollen gut ausgebildete Schulabgänger und lebenslanges Lernen,

114 öffentliche Aufträge sollen vorrangig an regionale Anbieter gehen, die tariftreu zahlen.
115 Landesförderungen sollen ebenso vorrangig an kleine und mittlere Unternehmen und Betriebe
116 gehen. Es kann nicht sein, dass öffentliche Fördermittel - zum Beispiel für den Aufbau einer
117 Wasserstoffproduktion in Rheinland-Pfalz - überwiegend von der BASF abgegriffen werden
118 und viele kleinere und mittlere Akteure leer ausgehen. Wir wollen die Lücken im
119 Mobilfunknetz schließen und für landesweit schnelle Glasfaseranschlüsse sorgen.

120 **4.1. Wirtschaft stärken, Bürokratie abbauen**

121 Regionale Wertschöpfungsketten müssen gestärkt werden, um Abhängigkeiten von globalen
122 Märkten zu verringern. Öffentliche Investitionen sollen gezielt eingesetzt werden, um
123 Infrastruktur zu modernisieren und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu fördern.
124 Kleine und mittlere Unternehmen brauchen weniger bürokratische Hürden bei
125 Förderprogrammen und eine Verwaltung, die als Partner agiert und nicht als Gegner
126 wahrgenommen wird. Gleichzeitig fordern wir, dass große Digitalkonzerne endlich
127 angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

128 **4.2. Für einen Staat, der funktioniert und die Wirtschaft fördert**

129 Wir wollen mehr Staat dort, wo er gebraucht wird – etwa in Bildung, Infrastruktur und
130 öffentlicher Sicherheit – und weniger Staat dort, wo er bremst, etwa durch überbordende
131 Bürokratie. Der Staat muss wieder Dienstleister seiner Bürgerinnen und Bürger sein, nicht
132 Kontrollinstanz. Wir setzen auf eine deutlich schlankere und bürgerfreundlichere Verwaltung.
133 Gezielte Entbürokratisierung muss ins Zentrum politischen Handels mit weniger Informations-
134 /Dokumentationspflichten, schnelleren Genehmigungsverfahren und einem einfachen
135 Verwaltungsvollzug. Wir brauchen eine Verwaltung, die sich als Servicestation für Bürger
136 verstehen muss. Dazu gehören insbesondere eine deutlich einfachere Steuergesetzgebung und
137 ein massiver Ausbau digitaler Antrags- und Bearbeitungsprozesse. Wir fordern eine einfache,
138 verständliche Sprache in Formularen und klare Ansprechpartnerinnen und -partner für unsere
139 Betriebe. Firmenübernahmen müssen besser überwacht werden, unsere Kartellbehörden sind
140 mit höheren Befugnissen auszustatten, insbesondere Monopolstellungen müssen unterbunden
141 werden. Auch das Patentrecht gilt es zu vereinfachen, mit für Erfinder besseren
142 „Schutzrechten“.

143 Wir wollen den Bundesrat nutzen, um die Gesetzgebung auf Bundes- und EU-Ebene
144 mittelstandsfreundlicher auszugestalten. Einfach handhabbare und flexible Regelwerke und
145 Förderprogramme speziell für Selbstständige, den Mittelstand und unser Handwerk sind
146 notwendig. Insbesondere eine generelle Vereinfachung, Harmonisierung und Evaluierung von
147 EU-Regularien muss die Stoßrichtung von Landespolitik werden. Grenzkontrollen dürfen den
148 Pendler- und Warenfluss nicht behindern. Wir brauchen eine gezielte Einbindung der
149 Wirtschaft in die Gesetzgebungsprozesse, Anwendung von Schwellenwerten bei Berichts- und
150 sonstigen Pflichten, Förderung von Best Practices, Vereinfachung von
151 Unternehmensgründungen sowie Förderung von Technologiezentren. Ein transparentes,
152 leistungsgerechtes Beschaffungswesen mit klaren Kriterien kann genutzt werden, um lokale
153 Unternehmen und kleine Betriebe zu stärken.

154 **4.3. Bezahlbare Energiekosten und nachhaltiges Wirtschaften**

155 Bezahlbare Energiepreise müssen in den Mittelpunkt politischen Handelns gestellt werden.
156 Generell kostenfreie Energie- und Ressourcenberatung speziell für kleine und mittlere
157 Unternehmen und Maßnahmen zur Förderung von Energieeffizienz mit Blick auf
158 Kostenreduktion und Nachhaltigkeit können Unternehmen spürbar entlasten. Industrie und
159 Wirtschaft benötigen im Energiebereich eine hohe Sicherheit und kalkulierbare Energiepreise
160 ohne größere Schwankungen. Zentrale Hemmnisse auf Bundesebene für günstige Energiepreise
161 sowohl für Wirtschaft wie im privaten Bereich sind abzubauen. Alle Maßnahmen, die den
162 Einsatz regionaler und erneuerbarer Energieerzeugung und ihren Verbrauch vor Ort stärken
163 und damit regionale Wertschöpfung sicherstellen sind von Seiten der Politik zu stärken und zu
164 fördern.

165 **4.4. Verfall der Infrastruktur stoppen - Desaster der SPD-geführten Ampelregierung beenden**

166 Der Landesrechnungshof hat es dieser Landesregierung ins Stammbuch geschrieben: ob bei
167 Straßen, Brücken oder bei Bus und Bahn - wir haben eine dramatische Verschlechterung bei
168 der rheinland-pfälzischen Infrastruktur zu beklagen. Es ist ein unglaublicher Sachverhalt: 38%
169 der Landesstraßen sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Seit Jahrzehnten wird
170 zu wenig investiert. Wir müssen den Investitionsstau gezielt und zügig beheben. Dafür braucht
171 es eine Sonderprogramm Infrastruktur, welches für mindestens ein Jahrzehnt verbindlich

172 Milliardenbeträge in die Hand nimmt, um die Bestandserhaltung sicherzustellen und zentrale
173 Infrastrukturprojekte endlich realisiert (z.B. der Moselaufstieg bei Trier oder die Umsetzung
174 einer Schienengüterverkehrsstrasse zur Entlastung des Mittelrheintals). Das derzeit vom Bund
175 bereitgestellte Sondervermögen ist nur der Tropfen auf einen heißen Stein und völlig
176 unzureichend. Hinzu kommen die Baustellen einer flächendeckenden Digitalisierung,
177 zuverlässige Stromnetze sowie ausreichender und bezahlbarer Wohnraum. Das
178 Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität der Bundesregierung sieht für diese
179 Mammutprojekte in den kommenden 12 Jahren gerade einmal 4,8 Milliarden Euro für
180 Rheinland-Pfalz vor. Der tatsächliche Investitionsbedarf allerdings liegt wesentlich höher: 83,6
181 Milliarden Euro bräuchte das Bundesland in den kommenden zehn Jahren. Das ist das Ergebnis
182 der Studie „Zukunftsinvestitionen sind wichtig“, die der DGB Rheinland-Pfalz / Saarland Ende
183 2025 vorgestellt hat. Diese ungeheuerliche Diskrepanz zwischen den politischen Aussagen und
184 Planungen einerseits und der Realität andererseits haben in Rheinland-Pfalz leider Tradition.
185 Beschleunigte Genehmigungsverfahren bei neuen Infrastrukturprojekten müssen endlich
186 Standard sein. Und auch zukünftig wird es ohne Fachkräfte und angemessen bezahlte
187 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gehen. Zentral für die Zukunft unsere Wirtschaft
188 sind deshalb auch attraktive Arbeitsbedingungen, lebenslange Weiterbildung und zielgerichtete
189 Qualifizierungsprogramme (u.a. Förderung von Meisterausbildungen). Wir brauchen Anreize
190 für regionale Bildungspartnerschaften, für die duale Ausbildung, für Hochschulkooperationen
191 und viel mehr Berufsorientierung in Schulen. Landespolitik muss eine vereinfachte
192 Anerkennung ausländischer Qualifikationen sicherstellen sowie gezielte
193 Integrationsprogramme fördern, um Arbeitskräfte schnell und effizient zu integrieren.
194 Arbeitsmigration muss klar von der Flüchtlingspolitik getrennt werden. Für ausländische
195 Fachkräfte wollen wir die Attraktivität unseres Landes stärken – durch schnellere
196 Arbeitsmarktzugänge bei Beibehaltung strikter Qualifikationskriterien. Allerdings lehnen wir
197 Anwerbeprogramme für hochqualifizierte Fachkräfte aus dem globalen Süden ab, wenn diese
198 Länder selbst unter Fachkräftemangel leiden und dadurch ihre eigene Entwicklung gefährdet
199 wird. Dies ist nicht nur ethisch geboten, sondern auch wirtschaftlich nachhaltig.

200 **4.5. Verantwortungsvoll finanzieren**

201 Alle unsere Vorschläge und politischen Forderungen sind solide finanzierbar. Einnahmen aus
202 einer gerechten Vermögensteuer, einer reformierten Grundsteuer und einer faireren
203 Unternehmensbesteuerung fließen direkt in öffentliche Investitionen: in Schulen, Kitas, den
204 öffentlichen Nahverkehr und die kommunale Daseinsvorsorge. Wir stehen für eine
205 Finanzpolitik, die Wohlstand gerecht verteilt – vom Überfluss hin zur Mitte der Gesellschaft.
206 Denn echter Wohlstand entsteht durch Arbeit, nicht durch Spekulation.

207

208 **5. Armut bekämpfen – soziale Sicherheit schaffen**

209 Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder
210 am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter
211 Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit. Eine hochproduktive
212 Wirtschaft braucht qualifizierte und motivierte Beschäftigte. Die Voraussetzung dafür sind
213 leistungsgerechte Löhne, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen. Ungenügend
214 bezahlte Arbeit führt zu geringen Renten, daher setzen wir uns über eine Bundesratsinitiative
215 für einen Mindestlohn von 15 Euro ab dem 1. Juli 2026 ein. Das gilt auch für Beschäftigte in
216 den Serviceberufen, die ebenso wichtig für unsere Gesellschaft sind wie gute Ingenieure und
217 Mechatroniker. Um Lohndrückerei zu verhindern, wollen wir die Tarifbindung wieder stärken
218 und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern. Wir unterstützen die
219 Beschäftigten, ihre Gewerkschaften und Betriebs- bzw. Personalräte in ihrem Einsatz für
220 Arbeitnehmerrechte und gute Arbeit.

221 Zugleich braucht unser Land einen zuverlässigen Sozialstaat, der Zukunftsängste abbaut und
222 vor sozialem Absturz im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter schützt.

223 **5.1. Politikversagen beenden**

224 Die katastrophale Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat eine nie dagewesene
225 Insolvenzwelle ausgelöst und ganze Wirtschaftszweige ins Wanken gebracht. Die etablierte
226 Politik verleugnet die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der einsetzenden
227 Deindustrialisierung und lässt Arbeitnehmer und Arbeitssuchende gleichermaßen im Regen

228 stehen. Arbeitsplatzabbau ohne neue Perspektiven, Einkommensverzicht ohne Gegenleistung
229 und staatlicher Sozialabbau lösen keine Probleme – sie verschärfen sie und gefährden den
230 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ganze Regionen laufen Gefahr, ihre wirtschaftliche Identität
231 zu verlieren. Der Staat darf den wirtschaftlichen Umbau nicht als reine marktbedingte
232 Bereinigung abtun. Regionen und ihre Menschen brauchen in diesem Prozess Unterstützung,
233 politische Gestaltungskraft und Vision. Das BSW macht sich deshalb auch in Rheinland-Pfalz
234 konsequent für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft stark. Wir wehren uns
235 dagegen, das Wegbrechen von Arbeitsplätzen zu akzeptieren und wollen
236 Beschäftigungsperspektiven durch Investitionen in Forschung, Innovation und
237 Zukunftstechnologien entwickeln.

238 **5.2. Politik für die Mehrheit**

239 Millionen Menschen arbeiten hart, um sich und ihren Familien ein gutes Leben zu er-
240 möglichen. Sie sind es, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und einen Großteil der
241 Steuern zahlen. Statt dafür den gebührenden Respekt und soziale Sicherheit zu erhalten, ist ihr
242 Leben in den vergangenen Jahrzehnten unsicherer und schwieriger geworden. Viele kommen
243 trotz Vollzeitjob mit ihrem Einkommen kaum noch über den Monat. Das Aufstiegsversprechen
244 der sozialen Marktwirtschaft gilt nicht mehr, der persönliche Wohlstand hängt längst nicht
245 mehr von der eigenen Leistung ab. Die Vermögenskonzentration in Deutschland ist heute so
246 hoch wie vor Beginn des Ersten Weltkriegs, als in Berlin noch der Kaiser regierte. Während
247 Konzerne sogar in Krisenzeiten Rekorddividenden ausschütten, werden die Schlangen an den
248 Tafeln immer länger. Auch wer jahrelang gearbeitet und in die Sozialversicherung eingezahlt
249 hat, wird bei Arbeitslosigkeit wie ein Bittsteller behandelt. Selbständige fallen fast vollständig
250 durch das soziale Netz. Weil Kita-Plätze fehlen und unsere Gesellschaft alles andere als
251 familienfreundlich ist, leben besonders Alleinerziehende und ihre Kinder häufig in Armut,
252 Millionen ältere Menschen können nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand nicht
253 genießen, weil ihre Renten demütigend gering ausfallen und sie zunehmend auf
254 Sozialleistungen angewiesen sind.

255 Wir fordern eine Landesstrategie gegen Armut, die existenzsichernde Löhne, stabile Renten
256 und bezahlbare Lebenshaltungskosten ins Zentrum stellt. Sozialpolitik darf nicht bevormunden,
257 sondern muss schützen und unterstützen.

258 **5.3. Wirtschaftliche Transformation mit sozialer Absicherung und Weiterbildung**

259 Die angestrebte Reduzierung des CO²-Ausstoßes innerhalb der Wirtschaft geht mit
260 Umwandlungsprozessen ungeheuren Ausmaßes einher, die zu Verwerfungen in der gesamten
261 Arbeitswelt führen werden. Die herrschende Politik hat bei der Vorbereitung dieser neuen
262 industriellen Revolution versagt. Transformation ohne soziale Absicherung führt zu Dauer-
263 Arbeitslosigkeit, Armut, Abwanderung von Fachkräften und dem Zusammenbruch regionaler
264 Infrastruktur. Deshalb wollen wir Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme massiv
265 ausbauen und finanzieren, Lohnersatzleistungen für Übergangsphasen bereitstellen, die
266 Erwerbstätigkeit für ältere Arbeitnehmer bis zum Renteneintritt absichern sowie Betriebsräte
267 und Gewerkschaften bei Umstrukturierungsprozessen paritätisch einbinden. Diese Maßnahmen
268 sind keine Sozialausgaben, sondern Investitionen in Stabilität, Fachkräfte-Bindung und in die
269 Regionen. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes lehnen wir entschieden ab. Soziale
270 Absicherung ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wir wollen alle landespolitischen
271 Möglichkeiten nutzen, um Beschäftigten und Arbeitssuchenden Qualifizierungsmaßnahmen zu
272 ermöglichen und in diesem Interesse im Bundesrat aktiv werden. Duale Ausbildung in neuen
273 Technologiefeldern ist genauso wichtig wie die Absicherung der Arbeitsplätze älterer
274 Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften dürfen in dieser Phase nicht geschwächt, sondern müssen
275 gestärkt werden, wir unterstützen ausdrücklich die Wahl von Betriebsräten, wo es sie noch
276 nicht gibt. Gewerkschaften und Betriebsräte sind Partner und Mitdenker, nicht Hindernis.

277 **5.4. Soziale Politik ist Kernanliegen des BSW**

278 Um den Herausforderungen der Demografie zu begegnen, brauchen wir ein neues Verständnis
279 von Lebensarbeitszeit mit lebenslauforientierten Arbeitszeitkonten, in denen Phasen des
280 Mehrarbeitens und Arbeitszeitverkürzungen für Fürsorgeaufgaben enthalten sind. Hierzu
281 wollen wir ein Modellprojekt initiieren. Kommunen müssen im Rahmen ihrer
282 Selbstverwaltung in die Lage versetzt werden, kommunale Sozialpolitik über die gesetzlichen
283 Pflichtaufgaben hinaus zu organisieren und zu finanzieren. Zusammen mit Kommunen und

284 öffentlich-rechtlichen Energieversorgern wollen wir durchsetzen, dass Sozialleistungsbezieher
285 und Geringverdiener einen Sozialtarif für Energie erhalten können. Der nun aus
286 Wirtschaftskreisen geforderten Lebensarbeitszeitverlängerung und der Rente ab 70 erteilen wir
287 eine klare Absage. Das BSW wehrt sich gegen Bestrebungen, die Ladenöffnungszeiten oder
288 Arbeitszeiten an Sonntagen auszuweiten. Wir sehen den freien Sonntag als wichtiges soziales
289 Gut und Kulturgut, das der Arbeitsruhe und der seelischen Erholung dient, und grundsätzlich
290 zu erhalten gilt. Wir fordern ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, wo die Renten
291 im Schnitt 800 Euro pro Monat höher sind. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die
292 alle einzahlen, auch Abgeordnete, Selbständige und Beamte. Es darf nicht sein, dass unsere
293 Rentnerinnen und Rentner im Vergleich zum EU-Durchschnitt rund zehn Prozent weniger
294 vom letzten Nettogehalt erhalten. Gesetzliche Renten unter 2000 Euro sollten steuerfrei
295 bleiben. Dazu muss die nächste Landesregierung eine Initiative in den Bundesrat einbringen.
296 Wir wollen Seniorinnen und Senioren die bessere Teilnahme am öffentlichen Leben durch
297 Stärkung des Einflusses der Seniorenbeiräte ermöglichen. Wir fördern Mehrgenerationenhäuser
298 und machen uns stark für eine ausreichende und erreichbare medizinische Versorgung, vor
299 allem im ländlichen Raum. Angebote der häuslichen und stationären Pflege müssen für alle
300 Menschen verfügbar sein. Daseinsvorsorge und soziale Betreuung funktionieren nur mit
301 genügend motiviertem Personal. Daher müssen – nach Jahren des Stillstands – soziale Berufe
302 finanziell und politisch aufgewertet werden. Das kann auch auf Landes- und Kommunalebene
303 umgesetzt werden, weil viele dieser Berufe finanziell vom Land und den Kommunen gefördert
304 werden. Neben dem Gewinn an Kaufkraft in der Bevölkerung kann damit die Lohnschere
305 zwischen Männern und Frauen weiter angeglichen werden, denn soziale Berufe werden
306 vorrangig von Frauen ausgeübt. Wir wollen den Kommunen beim Vorhalten von
307 Obdachlosenunterkünften helfen und sie finanziell unterstützen. Die Befriedigung elementarer
308 sozialer Bedürfnisse ist grundsätzlich Aufgabe des Sozialstaats, die dieser aber in vielen
309 Bereichen nicht mehr erfüllt. Deswegen können die Tafeln, Sozialkaufhäuser und die vielen
310 Vereine und Strukturen, die den ärmsten Menschen täglich helfen, das Leben zu meistern, auf
311 unsere Unterstützung zählen: Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Tafeln in RLP
312 finanziell bei den Kosten für Miete und Nebenkosten zu unterstützen.

313 Wir sind ein verlässlicher Partner von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, mit denen wir uns
314 gemeinsam engagieren, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden. Die Stärkung
315 der Mittelschicht ist für uns genauso essenziell wie faire Löhne und Renten. Frauen, Kinder,
316 Jugendliche und Männer müssen besser vor häuslicher Gewalt geschützt und hilfestellende
317 Einrichtungen für Männer und Frauen besser gefördert sowie bedarfsgerecht ausgebaut werden.
318 Rheinland-Pfalz muss insgesamt familienfreundlicher werden, denn nur wo Kinder
319 willkommen sind und Eltern unterstützt werden, kann sich Demografie positiv verändern.
320 Qualifizierung und eine familienfreundliche Beschäftigung, zum Beispiel durch die Förderung
321 betrieblicher Kinderbetreuung, sind maßgeblich, damit sich der Fachkräftemangel nicht weiter
322 verschärft. Die Gleichstellung der Geschlechter ist uns ein wichtiges Anliegen.

323 **6. Demokratie neu denken!**

324 Unsere Demokratie braucht eine Auffrischung. Es gibt immer mehr Kritik, denn viele Bürger
325 wollen mehr gehört werden als einmal alle vier oder fünf Jahre. Und sie sind zunehmend
326 unzufrieden mit den demokratischen Prozessen. Wir wollen das ändern und treten dafür ein,
327 dass die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger sich mehr in unsere Demokratie
328 einbringen können, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk reformiert wird und dass das
329 Unrecht, das viele Menschen während der Corona-Pandemie erfahren mussten, anständig
330 aufgearbeitet wird. Dazu soll es auch ein Amnestiegesetz geben. Wir denken Demokratie neu!
331 Das Recht auf freie Meinungsäußerung und ungefilterte Information über die gesamte
332 Medienbreite ist für uns nicht verhandelbar. Wo immer Probleme und Herausforderungen zum
333 Anlass gemacht werden, den Meinungskorridor einzuschränken, Andersdenkende zur Gefahr
334 zu erklären und Bürgerinnen und Bürger anlasslos zu überwachen, wird sich das BSW dem
335 entschieden entgegenstellen.

336 **6.1. Meinungsfreiheit und Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk**

337 Die Meinungsfreiheit ist ein unverzichtbares Fundament unserer Demokratie. Doch zu-
338 nehmend gerät sie unter Druck – durch staatliche Regulierungen, gesellschaftliche Ächtung
339 und die Angst vor beruflichen oder sozialen Sanktionen. Cancel-Culture, Konformitätsdruck
340 und die zunehmende Verengung des Meinungsspektrums sind unvereinbar mit den

341 Grundsätzen einer freien Gesellschaft. Zu dieser Verengung trägt leider auch der Öffentlich-
342 Rechtliche Rundfunk in Deutschland bei. Das BSW Rheinland-Pfalz setzt sich entschieden für
343 den Schutz der Meinungsfreiheit und Reformen bei ARD und ZDF ein. Wir lehnen staatliche
344 Eingriffe ab, die unter dem Vorwand der Desinformationsbekämpfung die freie
345 Meinungsäußerung einschränken. Wir wollen parteifern Aufsichtsgremien im Öffentlich-
346 Rechtlichen Rundfunk und damit den Einfluss der Politik dort zurückdrängen. Wir brauchen
347 eine breite öffentliche Diskussion – lebendige demokratische Kultur lebt vom offenen Diskurs,
348 von kontroversen Debatten und der Vielfalt der Meinungen. Statt Repression und Selbstzensur
349 wollen wir die Stärkung der demokratischen Streitkultur – auch an Schulen, Hochschulen und
350 Verwaltungen – in der auch unbequeme Sichtweisen Gehör finden können. Die Ausgrenzung
351 politischer Konkurrenz ist kein Beitrag zur Demokratie. Wer andere Meinungen pauschal als
352 gefährlich brandmarkt und den politischen Diskurs verweigert, schwächt unsere Demokratie.
353 Wir stehen ferner für eine vernünftige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Einen
354 übergriffigen oder autoritären Staat lehnen wir ab. Jeder Mensch soll sich frei in der
355 Öffentlichkeit bewegen können – ohne Angst vor Bewertung und Überwachung – und ohne
356 unter Generalverdacht zu geraten. Wir schützen das Recht auf Privatheit der Kommunikation –
357 zuhause, am Telefon und im Chat. So, wie wir Brandmauern und Diskussionsverbote ablehnen,
358 stellen wir uns gegen alle Versuche, Rechtsextremismus und Menschenhass zur Normalität zu
359 machen. Volksverhetzung, Verleumdung und üble Nachrede bekämpfen wir im Internet wie in
360 der analogen Welt – Tiktok und Co sind kein rechtsfreier Raum. Die AfD ist – wie die anderen
361 alten neoliberalen Parteien auch – aus vielen Gründen unser politischer Gegner. Sie grenzt sich
362 vorsätzlich nicht klar von Rechtsextremen ab, befürwortet Aufrüstung und ist alles andere als
363 eine Partei für abhängig Beschäftigte, weil sie grundlegende Arbeitnehmerrechte und
364 Sozialleistungen abschaffen oder radikal kürzen will. Aber wir lehnen die Nicht-Zulassung von
365 Kandidaten durch Wahlausschüsse ab, wenn es dafür nicht gerichtlich überprüfte Gründe gibt:
366 Wenn Kandidaten das passive Wahlrecht besitzen und ihre Partei nicht rechtskräftig verboten
367 ist, müssen sie auch zu Wahlen zugelassen werden. Alles andere öffnet der Willkür und
368 Benachteiligung politischer Konkurrenz Tür und Tor. Das BSW wird sich im Landtag von
369 Rheinland-Pfalz nicht an einer „Brandmauer-Politik“ gegen die AfD beteiligen. Diese
370 Ausgrenzung hat die AfD immer stärker gemacht. Für das BSW ist nicht entscheidend, wer eine

371 Initiative in den Landtag einbringt, sondern was eingebracht wird. Auch werden wir uns
372 immer dafür einsetzen, dass alle Fraktionen die gleichen Rechte und Pflichten haben. Das gilt
373 auch für die Wahl des Landtagspräsidiums und die Wahl von Ausschussvorsitzenden.

374 **6.2. Mehr direkte Demokratie wagen: Volksentscheide und Wahlen**

375 Die rheinland-pfälzische Landesverfassung räumt der direkten demokratischen Beteiligung der
376 Bevölkerung einen hohen Stellenwert ein. In Artikel 107 der Landesverfassung heißt es: „Die
377 Gesetzgebung wird ausgeübt: 1. durch das Volk im Wege des Volksentscheids, 2. durch den
378 Landtag.“ Tatsächlich gibt es in Rheinland-Pfalz aber sehr hohe Hürden für eine
379 Bürgerbeteiligung. Diese sind viel höher als in anderen Bundesländern. Dadurch wird faktisch
380 eine echte Bürgerbeteiligung verhindert, abgesehen von der Abgabe der Stimme auf dem
381 Wahlzettel zur Landtagswahl. Wir wollen das ändern. Wir wollen, dass unsere Bürger stärker
382 in demokratische Prozesse eingebunden werden. Wir möchten deshalb die Landesverfassung
383 dahingehend ändern, dass Quoren für Volksentscheide herabgesetzt werden. Im Moment
384 braucht es dafür 300.000 Unterschriften, was knapp 10% aller Wahlberechtigten in Rheinland-
385 Pfalz entspricht.

386 Wir fordern die Herabsetzung des Beteiligungs-Quorums auf 100.000 Unterschriften. Darüber
387 hinaus wollen wir die Möglichkeit eines fakultativen Referendums einführen, nach dem
388 Vorbild der Schweiz. Dies würde bedeuten, dass alle vom Landtag beschlossenen Gesetze mit
389 einer Frist von 100 Tagen nur vorläufig sind, so dass die Bevölkerung innerhalb dieser Frist mit
390 100.000 Unterstützerunterschriften den Volksentscheid herbeiführen könnte, dass über dieses
391 Gesetz eine Volksabstimmung und nicht das Parlament zu entscheiden hat.

392 Wir wollen weiterhin eine Vereinfachung der Landesverfassung in den Artikeln 108, 108a und
393 109 erwirken. Diese sind im Moment unverständlich formuliert, so dass kaum ein Bürger
394 versteht, wie und an welcher Stelle eine Bürgerbeteiligung möglich ist. Wir streben an, die
395 Sprache zu vereinfachen und nur mit einem Begriff zu arbeiten, dem des Volksentscheids.
396 Wir fordern außerdem eine Herabsetzung der Sperrklausel bei Landtagswahlen von fünf auf
397 drei Prozent. Im Moment werden zehntausende Stimmen in Rheinland-Pfalz nicht
398 wahrgenommen, denn kleinere Parteien, die viele Menschen wählen, kommen aufgrund der
399 hohen Hürde nicht in den rheinland-pfälzischen Landtag. Die Ergebnisse bei den

400 Europawahlen zeigen seit Jahren, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bei
401 Europawahlen solche Parteien wählen.
402 Wir halten auch die Einrichtung von Bürgerräten für eine Möglichkeit, der
403 Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Wichtig wäre, dass die Arbeit der Bürgerräte nicht als
404 Feigenblatt für die Landesregierung eingesetzt wird und dass es von vornherein klare und
405 transparente Verfahrensregeln gibt, die sicherstellen, dass alle Meinungen zu Wort kommen
406 können. Die Verbindlichkeit der Vorschläge, die aus Bürgerräten kommen, sollte gewährleistet
407 sein und unmissverständlich beschrieben werden. Wir schlagen vor, dass bereits die
408 Zusammensetzung und die Aufstellung der Verfahrensregeln für die Bürgerräte in einem
409 partizipativen Prozess erfolgen.
410 Die Digitalisierung bietet Chancen und hat Beteiligungsprozesse vereinfacht, aber nicht jeder
411 möchte immer und überall in der digitalen Welt leben. Wir respektieren die Entscheidung für
412 ein Leben ohne digitale Endgeräte und fordern ein Recht auf analoge Zugänge zu staatlichen
413 und gesellschaftlichen Angeboten.

414 **7. Bildung und Ausbildung: Rheinland-Pfalz darf nicht Schlusslicht bleiben**

415 Bildung ist das Fundament für eine Gesellschaft. Von ihr hängt die Zukunftsfähigkeit unseres
416 Landes ab. In Rheinland-Pfalz sehen wir seit Jahren massive Probleme: unzureichende
417 Förderung von Basiswissen und -fertigkeiten, Lehrkräftemangel, überlastete und baufällige
418 Schulen, neoliberale Ideologisierung von Bildungsprozessen an Schulen und Hochschulen, von
419 privaten Interessen geleitete Forschung und Bildungspolitik und eine wachsende soziale
420 Spaltung.
421 Wir wollen Bildung in Rheinland-Pfalz unabhängig vom Geldbeutel und der sozialen Herkunft
422 – von der Kita bis zur Uni. Kindergärten, Schulen und Hochschulen müssen gut ausgestattet
423 und wohnortnah sein, Fortbildung muss lebenslang möglich und bezahlbar sein. Besonders in
424 vielen ländlichen Regionen unseres Landes fehlt es an stabilen Schulstrukturen, viel zu oft fällt
425 Unterricht aus. Schulsozialarbeit muss deutlich ausgebaut werden, um Kinder und Jugendliche
426 in belastenden Lebenslagen zu unterstützen – gerade auch in sozial benachteiligten Gebieten.
427 Schule muss sich wieder auf das konzentrieren, was jeder können sollte: Lesen, Schreiben,
428 Rechnen. Weil Schule auf das Leben vorbereiten soll, gehört für uns auch folgendes hinzu:

429 Orientierung in der Welt (geographisch, historisch, geistes- und naturwissenschaftlich),
430 kritisches Denken, Medienkompetenz, Psychologie, Recht, Fremdsprachen, Musik, Sport sowie
431 handwerkliche Fähigkeiten. Bei grundlegenden Kulturtechniken, z.B. Sprache oder Rechnen,
432 soll es neben dem Unterricht bei Entwicklungs- und Lernrückständen eine unmittelbare
433 Förderung durch zusätzliche Lehrkräfte an der Schule geben, so dass der Lernerfolg nicht davon
434 abhängt, in wie weit Eltern sich die Angebote der Nachhilfeindustrie leisten können.
435 Kinder und Jugendliche sollen lernen, gemeinschaftlich und teamorientiert zu arbeiten, auf das
436 eigene Denken zu vertrauen und Mitsprache und Verantwortung im Alltag erleben. Dabei
437 sollen anbieterunabhängig Kenntnisse vermittelt werden, die zur Anwendung und Übertragung
438 von Fertigkeiten auf andere Problemstellungen und Nutzungen befähigen – dies gilt
439 insbesondere für digitale Bildungsinhalte.

440 Bildungseinrichtungen, Schulen und das Schulleben sollen Ruhe und Muße ausstrahlen und so
441 gestaltet sein, dass die Kinder sich sicher, in Gemeinschaft eingebunden, gut begleitet, angeregt,
442 gefördert und insgesamt wohl fühlen. Durch die Art und Weise der Gestaltung von
443 Umgangsformen, räumlicher Umgebung, Schulessen, Bewegungsmöglichkeiten,
444 Gemeinschaftsleben, Einbettung in ein Stadtviertel, etc. erfüllt die Schule einen wichtigen
445 erzieherischen Auftrag.

446 An diesen grundlegenden Anforderungen scheitern unsere Bildungsstätten aktuell kläglich. Ein
447 Fünftel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung 2024 ist direkt eingewandert. Rund 40 Prozent
448 (IQB Bildungstrend 2025) der Kinder in der Schule haben einen Migrationshintergrund
449 (Quelle: Statistisches Landesamt RLP). Auch vor diesem Hintergrund brauchen unsere Schulen
450 deshalb dringend: mehr Personal, kleinere Klassen und viel mehr multiprofessionelle Teams.

451 Weil die deutsche Sprache Voraussetzung für Bildungserfolg ist, wollen wir Sprachtests und
452 einen Rechtsanspruch auf Sprachfrühförderung gemeinsam für Kinder mit und ohne
453 Migrationshintergrund. Integrationshilfe im Rahmen der Eingliederungshilfe ist ein
454 Rechtsanspruch. Diese muss bereits in der frühkindlichen Bildung greifen, als Voraussetzung
455 für die darauffolgende schulische Laufbahn.

456 Betrachtet man die Pro-Kopf-Bildungsausgaben für alle Unter-Dreißigjährigen, bildet
457 Rheinland-Pfalz das bundesweite Schlusslicht. Rheinland-Pfalz hat im Vergleich mit
458 westdeutschen Flächenländern auch einen unterdurchschnittlichen Betreuungsschlüssel in den

459 Kitas. Daher fordern wir einen Betreuungsschlüssel von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und
460 1:7,5 für Kinder über drei Jahren. Dies reduziert die Arbeitsbelastung der Fachkräfte und stellt
461 die kindliche Entwicklung in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit. Dem wachsenden
462 Investitionsstau in Kitas wollen wir durch Investitionshilfen des Landes in Kooperation mit
463 dem Bund begegnen. Kommunen müssen diesbezüglich entlastet werden. Wir wollen, dass die
464 Kita-Betreuung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ausgebaut wird. Neben
465 Neubauten müssen vor allem auch die Bestandseinrichtungen von einer besseren Finanzierung
466 profitieren. Erfolgreiche Bildung setzt voraus, dass Unterricht zuverlässig stattfindet. Das
467 bedeutet: genug Lehrkräfte, moderne Ausstattung, ein sicheres Lernumfeld und soziale
468 Begleitung. Dafür braucht es längeres gemeinsames Lernen (Klassen 1-8) mit Möglichkeiten der
469 Orientierung. Mit kleineren Klassen und mehr Lehrern wollen wir die Zahl der Schulabgänger
470 ohne Abschluss reduzieren und Projekte wie „Keiner-ohne-Abschluss“ ausbauen.

471 Wir möchten, dass Kinder und Jugendliche in der Schule eine Welt ohne allgegenwärtige
472 Digitalisierung kennenlernen dürfen, mit Gesprächen, Gemeinschaft, Begegnungen,
473 Freundschaft, Kreativität, Bewegung und sinnlichen Erfahrungen. In weiterführenden Schulen
474 fordern wir ein generelles Verbot der Privatnutzung von Handys bis zur 10. Klasse – mit
475 Ausnahmen bei besonderen persönlichen Bedürfnissen oder im Falle von Unterrichts- und
476 Busausfällen, etc..

477 Generell sollte der Personalmangel in Erziehung und Bildung durch genügend Fachkräfte
478 aufgefangen werden (auch bei Ausfall von Lehrkräften). Dafür braucht es mehr Lehrpersonen
479 in sicheren Beschäftigungsverhältnissen und mit guten Arbeitsbedingungen.

480 Schulen/pädagogische Einrichtungen müssen gut ausgestattete Arbeitsplätze mit aus-
481 reichendem Arbeitsschutz (Lärm, Ruhezeiten, Aufenthaltsräume) sein, wie er auch von
482 anderen Arbeitsstätten eingehalten werden muss. Wir brauchen eine bessere Bezahlung der
483 Erzieherinnen und Erzieher und in den verschiedenen Schulformen fordern wir eine
484 vergleichbare Besoldung von Lehrern.

485 Die berufliche Bildung verdient endlich die Aufmerksamkeit, die ihr zusteht. Wir brauchen
486 eine starke, gut bezahlte und zukunftsfähige berufliche Ausbildung, um dem wachsenden
487 Bedarf in Handwerk, Pflege, Industrie und Dienstleistungssektor zu begegnen. Wir fordern eine
488 zeitgemäße Ausstattung und bauliche Renovierung der Berufsschulen, die in angemessener Zeit

489 und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein müssen. Auch berufliche Aus- und
490 Weiterbildung darf nicht am Geld scheitern - Meisterabschlüsse oder Umschulungen müssen
491 besser gefördert und der Studienförderung gleichgestellt werden.

492 **7.1. Berufliche Bildung, Hochschule und Freiheit der Wissenschaft**

493 Das BSW steht für die Aufwertung beruflicher Bildung und insbesondere die Rehabilitierung
494 des dualen Bildungssystems, das eine gute berufliche Qualifizierung vorsieht, die neben den
495 akademischen Bildungsgängen auch Wege zu hoher praktischer Qualifikation bereithält. Dieses
496 duale Bildungssystem war einst Vorbild für viele andere Länder, was unsere Politik gleichwohl
497 nicht davon abgehalten hat, es immer mehr dem angloamerikanischen Zweiklassensystem
498 anzupassen. Um das duale Bildungssystem wieder umfassend herzustellen, muss der Wert von
499 Erfahrungslernen und beruflicher Bildung deutlicher herausgestellt werden. Dazu möchten wir
500 in diesen Bereich der beruflichen Qualifikation investieren, so dass erfahrene Praktikerinnen
501 oder Praktiker auch ohne Abitur wieder hohes Ansehen in dieser Gesellschaft bekommen
502 können.

503 Seit der Einführung des Bachelor- und Mastersystems haben Ökonomisierung und
504 Bürokratisierung in den Hochschulen in einem nicht gekannten Ausmaß um sich gegriffen. Die
505 Modularisierung der Lehrpläne und die Evaluierung der Lehre zum Zweck der Kontrolle – und
506 nicht zur Entwicklung der Lehre selbst – bedeutet eine Einschränkung der Lehrfreiheit; die
507 Bürokratisierung vermindert zudem den unmittelbaren verbindlichen Kontakt zu den
508 Studierenden. Beides muss dringend zu Gunsten der akademischen Freiheiten auf ein
509 vernünftiges Maß zurückgedrängt werden. Während der Verwaltungsapparat wächst, gibt es
510 häufig nur Kurzzeitanstellungen bei akademischem Nachwuchs, der eine Professur anstrebt.
511 Hier fordern wir eine Perspektive von mindestens drei Jahren.

512 Die Unabhängigkeit von Kultur, Kunst, Medien und Wissenschaft ist die Grundlage für eine
513 funktionierende Demokratie. Staatlich, wirtschaftlich und militärisch geförderte Forschung, so
514 genannte Drittmittelforschung, widerspricht daher der Entwicklung vielfältiger
515 unvoreingenommener Standpunkte und Perspektiven und somit der Unabhängigkeit
516 wissenschaftlicher Forschung. Für den Fall, dass universitäre Einrichtungen für Zwecke der

517 Wirtschaft oder des Staates in Anspruch genommen werden, sollten die Interessen und
518 Zielsetzungen der Geldgeber an dieser Forschung klar benannt und kritisch reflektiert werden.

519 **7.2. Friedenserziehung statt Kriegstüchtigkeit**

520 Friedliches Zusammenleben gelingt nur, wenn die Gesellschaft auf Ausgleich bedacht und am
521 Gemeinwohl orientiert ist. In der Schule muss Streitschlichtung erlernt und (Cyber-)Mobbing
522 verhindert werden. Hierzu bedarf es spezieller Schulung der Pädagogen und der Stärkung von
523 Gemeinschaftsleben. Zivile Konfliktlösung soll als Mittel der Auseinandersetzung gelebt und
524 Gewalt zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Staaten geächtet werden. Jede Schule braucht
525 mindestens eine feste Sozialarbeiterstelle zur Konfliktlösung, individueller Unterstützung bei
526 Problemen und Stärkung von Integrationsprozessen. Friedenstüchtig in Bezug auf andere
527 Länder und Kulturen werden Kinder und Jugendliche vor allem, wenn sie Erfahrungen mit
528 Kindern und Jugendlichen aus diesen Ländern und Kulturen machen. Gerade wir in Rheinland-
529 Pfalz haben dies in Bezug auf den früheren „Erbfeind“ Frankreich lernen müssen und dürfen.
530 Hierzu können Sprach-, Geschichts- und Erdkundeunterricht direkt, aber auch Kunst und
531 Wissenschaft indirekt beitragen. Wir lehnen jede Form von Nationalismus und Militarismus
532 auch und gerade in der Bildung ab. Gleichzeitig möchten wir den Kindern regional und
533 überregional ein Verständnis, ein Zugehörigkeitsgefühl und eine Liebe zu ihrem Land und ihrer
534 Kultur vermitteln. Solidarität muss über ethnische und kulturelle Zugehörigkeiten hinweg
535 stattfinden. Die Schule soll neben einem praktischen auch ein konzeptionelles Verständnis von
536 Demokratie, Solidarität und Sozialverhalten vermitteln. Der Aufbau von Feindbildern und
537 Kriegstreiberei hat grundsätzlich in Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Nach Auffassung
538 des BSW hat auch Rüstungsforschung an Hochschulen und Universitäten nichts zu suchen. Wir
539 fordern daher die Wiedereinrichtung von so genannten Zivilklauseln gegen Forschung zur
540 Kriegsführung und an Kriegsgerät an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz.

541 **7.3. Freiwilligendienste stärken**

542 Das BSW unterstützt das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und den
543 Bundesfreiwilligendienst. Die Möglichkeit, einen einjährigen Freiwilligendienst zu absolvieren,
544 eröffnet jungen Menschen wichtige Einblicke in soziale Berufsfelder und schafft Perspektiven –
545 recht häufig entscheiden sich Freiwillige nach dem Dienst, eine Ausbildung, z. B. im Bereich

546 der Pflege oder der Erziehung, aufzunehmen. Das Freiwillige Jahr bietet auch den
547 Einsatzstellen eine Chance, gutes Personal zu finden. Wichtige Eigenschaften wie
548 Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit, Selbstständigkeit, Offenheit und Toleranz,
549 Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit werden
550 hier gestärkt. Somit tragen Freiwilligendienste in großem Ausmaß zum gesellschaftlichen
551 Zusammenhalt bei. Das BSW setzt sich deshalb dafür ein, dass Freiwilligendienste gestärkt
552 werden. Freiwillige sollen ein angemessenes Taschengeld erhalten, sie sollen die Möglichkeit
553 haben, kostenlos zu ihren Einsatzstellen zu kommen. Außerdem sollen junge Menschen bereits
554 nach Abschluss der 9. Klasse einen Freiwilligendienst beginnen können, der dann als „zehntes
555 Bildungsjahr“ anerkannt wird. Wir vom BSW befürworten ausdrücklich die Forderungen der
556 Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste nach einer institutionellen Förderung und einer
557 allgemeinen Stärkung der Freiwilligendienste. Menschen, die sich freiwillig engagieren, sollen
558 die nötige Wertschätzung erfahren!

559 **7.4. Gestaltung und Finanzierung des Bildungssystems ist politische Pflicht**

560 Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte haben die etablierten Parteien die eigenen Profile zu
561 Bildung weitestgehend aufgegeben und die Verantwortung für die Bildungspolitik an
562 Stiftungen, wie die Bertelsmann Stiftung, die Telekom Stiftung, die Stiftung Mercator und viele
563 andere ausgelagert. Doch haben die Stiftungen eine eigene, meist neoliberale, Agenda; sie
564 agieren ohne demokratisch Rechenschaft für ihre Entscheidungen abzulegen, wie eine vom
565 Parlament kontrollierte Exekutive dies machen müsste. Zum Beispiel haben sich die beiden
566 erstgenannten Stiftungen die umfassende Ökonomisierung und Digitalisierung der Bildung auf
567 die Fahnen geschrieben und die letzte fällt mit zweifelhaften Äußerungen zu Krieg und Frieden
568 auf. Die Einflussnahme wird auch dadurch sichtbar, dass die Medien sich in Bildungsfragen
569 gleich direkt an die Stiftungen oder an von ihnen finanzierte oder initiierte Institute wenden,
570 wo ja faktisch die Bildungspolitik auch überwiegend gemacht wird. Wir fordern daher, dass die
571 inhaltliche Verantwortung für Schule und Unterricht und für andere Bildungseinrichtungen
572 wieder zurück an das Bildungsministerium geht, wo eigene, demokratisch legitimierte, Fach-
573 und Verwaltungsexpertise bewahrt und in großen Teilen wieder aufgebaut werden muss. Über
574 die Kultusministerkonferenz muss bundesweit der Einfluss der Stiftungen im Bereich der

575 Bildung begrenzt werden. Gleiches gilt für finanzielle Abhängigkeiten im Bildungssystem
576 durch das Sponsoring privater Firmen. Die rheinland-pfälzische Bildungspolitik soll vielmehr
577 wieder an unsere reiche Bildungstradition anschließen und diese weiterentwickeln. Rheinland-
578 Pfalz braucht 2.000 zusätzliche Lehrkräfte und den Ausbau der Schulsozialarbeit mit 1.000
579 Stellen. Unsere Kinder brauchen das verpflichtende Vorschuljahr und die Förderung von
580 Basisfertigkeiten durch zusätzliche Förderlehrkräfte, die Sprachförderung muss ausgebaut
581 werden, die Verringerung der Klassenstärke und Maßnahmen der Integration mit 5.000
582 zusätzlichen Sonderpädagogen sind unabdingbar. Der Ausbau von Kitas mit 3.000 zusätzlichen
583 Fachkräften sowie ein bedarfsgerechtes Sanierungs- und Bauprogramm mit entsprechender
584 Erweiterung der Ausstattung sind dringend notwendig: Wir treten für ein kostenloses
585 Mittagessen, die vollständige Gebührenfreiheit für den KiTa-Besuch und kostenlose digitale
586 Endgeräte in weiterführenden Schulen ein. Unsere Forderungen summieren sich auf einen
587 Betrag von etwa 1,1 Mrd. €, die jährlich zusätzlich zum heutigen Bildungshaushalt benötigt
588 werden. Hierfür brauchen wir Umschichtungen im Landeshaushalt. Und es braucht dringend
589 Bundesmittel und einen Sonderfonds, wie etwa die Beteiligung des Bundes über das „Gute-Kita-
590 Gesetz“, Digitalpakt 2.0, Ganztagschulfonds, etc. Wir brauchen eine Umschichtung von
591 Rüstung zu Bildung: Schon eine Reduzierung von 1% im Verteidigungshaushalt entspräche
592 bundesweit mehr als 800 Mio. € pro Jahr.

593 **8. Gesundheitsversorgung – Schnell, überall und bezahlbar**

594 Wir lehnen die derzeit im ganzen Land grassierende Schließung von Krankenhäusern und
595 Gesundheitseinrichtungen aus rein wirtschaftlichen Gründen entschieden ab. Auch für die
596 Notfallversorgung sind kurze Wege unverzichtbar. Rheinland-Pfalz muss endlich seiner
597 Investitionsverantwortung in ausreichendem Umfang nachkommen, damit Krankenhäuser auf
598 dem neuesten Stand bleiben oder gebracht werden können. Unser Bundesland soll sich im
599 Bundesrat für eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser und Investitionszuschüsse
600 durch den Bund einsetzen.

601 Das Gesundheitssystem darf keine Zweiklassenmedizin bleiben – monatelange Wartezeiten für
602 Kassenpatienten und die Bevorzugung von Privatpatienten sind inakzeptabel. Wir wollen,
603 gemeinsam mit anderen Bundesländern, für eine Bürgerversicherung kämpfen, in die alle

604 einzahlen ohne Beitragsbemessungsgrenze. Seit Jahrzehnten überlässt der Staat die
605 Gesundheitsversorgung zunehmend gewinnorientierten Konzernen, was die Versorgung von
606 Patienten und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften verschlechtert hat.
607 Rentabilität steht hier vor medizinischer oder pflegerischer Notwendigkeit. Wir müssen
608 umdenken: Gesundheit darf nicht länger als Ware betrachtet werden. Sie ist ein Menschenrecht
609 und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

610 Die haus- und fachärztliche Versorgung ist zunehmend bedroht und steht vor einem
611 strukturellen Kollaps – insbesondere in ländlichen Regionen. Ganz besonders schlecht
612 schneidet Rheinland-Pfalz bei der Kindermedizin ab. Der Mangel an Fachärzten für
613 Kindermedizin ist eklatant, nicht nur im niedergelassenen Bereich, sondern zunehmend auch
614 in den Kliniken. Den letzten Platz im bundesdeutschen Vergleich belegt Rheinland-Pfalz bei
615 der Verfügbarkeit von Kinder- und Jugendpsychotherapeuten. Die Folge sind gefährliche
616 Behandlungsengpässe und Wartezeiten von einem Jahr und mehr auf einen freien
617 Therapieplatz. Gerade für Kinder hat dies gravierende Folgen. Je länger Kinder und Jugendliche
618 auf einen Behandlungsplatz warten müssen, umso länger und intensiver müssen sie therapiert
619 werden.

620 Der gravierende Nachwuchsmangel in der Medizin ist unter anderem auf den hohen Numerus
621 Clausus (NC) für das Medizinstudium zurückzuführen, der vielen motivierten jungen
622 Menschen den Zugang zum Medizinstudium verwehrt. Wer es doch schafft, steht nach dem
623 Studium häufig vor der Hürde hoher Investitionskosten, die mit der Übernahme oder
624 Neugründung einer Arztpraxis verbunden sind. Statt ein Medizinstudium an einer privaten
625 Elite-Uni in Ungarn finanziell zu fördern, wie dies durch einen Zusammenschluss von
626 Kommunen in der Westpfalz praktiziert wird, sollte der Zugang zu einem Medizinstudium in
627 Deutschland gelockert und der anachronistische Numerus Clausus abgeschafft werden. Schon
628 vor Jahren haben Umfragen unter Jungärzten offengelegt, dass sich ihre beruflichen
629 Vorstellungen fundamental vom althergebrachten Bild des Arztes unterscheiden: Junge
630 Ärztinnen und Ärzte wollen keinen 16-Stunden-Tag ohne geregelte Arbeitszeiten in einer auf
631 Pump finanzierten Praxis, für die sie allein das unternehmerische Risiko tragen. Junge Ärzte
632 bevorzugen stattdessen ein risikofreies Angestelltenverhältnis mit geregelten Arbeitszeiten und
633 ausreichenden Freiraum für Familie und Freizeit. Um den Berufswünschen junger Mediziner

634 gerecht zu werden müssen Ärztegenossenschaften und medizinische Versorgungszentren
635 (MVZ) unter kommunaler Regie viel stärker als bisher gefördert und als Standardmodell in die
636 ambulante medizinische Versorgung Einzug halten. Wo es gar nicht anders geht, können
637 Kommunen selbst als Arbeitgeber in Erscheinung treten: Ärztliche Versorgung als Bestandteil
638 des öffentlichen Dienstes wäre ein starkes Gegengewicht zur fortschreitenden Privatisierung
639 und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens!

640 Hinzu kommt, dass die Abrechnungssystematik mit den Krankenkassen von vielen Ärztinnen
641 und Ärzten als intransparent und ungerecht empfunden wird. Besonders Leistungen, die für
642 eine flächendeckende und patientennahe Versorgung essenziell sind – wie Hausbesuche,
643 Telefonsprechstunden oder präventive Gespräche – werden oft nicht oder nur unzureichend
644 vergütet. Das führt nicht nur zu Frust, sondern auch dazu, dass immer weniger junge
645 Medizinerinnen und Mediziner bereit sind, sich in der hausärztlichen Versorgung
646 niederzulassen. Damit die medizinische Versorgung, besonders im ländlichen Raum, gesichert
647 werden kann, brauchen wir eine bessere Vernetzung von stationärem und ambulantem
648 Bereich, idealerweise an einem Ort und aus der gleichen Hand. Darüber hinaus müssen
649 innovative Angebote wie der Gemeindeschwestern, die sich am Prinzip des Gemeinwohls
650 orientieren, viel stärker in den Mittelpunkt gerückt und gefördert werden.

651 Immer mehr Krankenhäuser müssen schließen, weil sie nach rein wirtschaftlichen Maßstäben
652 als nicht profitabel gelten. Besonders betroffen sind kleinere Kliniken im ländlichen Raum, die
653 oft eine tragende Säule der regionalen Gesundheitsgrundversorgung darstellen. Die
654 zunehmende Privatisierung des Krankenhaussektors hat dazu geführt, dass wirtschaftliche
655 Interessen über medizinische Notwendigkeiten gestellt werden. Investoren und private
656 Klinikbetreiber streben Rendite an – mit der Folge, dass unrentable Fachabteilungen
657 geschlossen oder ausgedünnt werden. Man pickt sich die rentablen Rosinen mit der höchsten
658 Vergütung heraus, während Schwerstkranke, Geburtshilfe oder komplizierte
659 Krankheitsverläufe lieber weggeschoben werden, weil sie zu teuer sind und die Rendite
660 schmälern. Notaufnahmen und geriatrische Versorgung sind oft die ersten Bereiche, die
661 wegfallen, obwohl sie für die Daseinsvorsorge unverzichtbar sind.

662 Der wirtschaftliche Druck führt zudem zu massiven Einsparungen beim Personal. Es mangelt
663 an qualifizierten Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften sowie therapeutischem Fachpersonal.

664 Die bestehenden Mitarbeitenden sind chronisch überlastet und arbeiten unter hohem Druck.
665 Zeit für Zuwendung und menschliche Betreuung bleibt kaum. Viele verlassen das Berufsfeld
666 oder wechseln in besser bezahlte Bereiche, was den Fachkräftemangel weiter verschärft.
667 Gleichzeitig geraten Patientinnen und Patienten immer stärker in den Hintergrund.

668 **8.1. Menschliche Pflege ist kein Renditemodell**

669 Die Pflege im Alter ist eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Immer mehr
670 Menschen sind im Alter auf Unterstützung angewiesen – sei es durch ambulante Dienste,
671 betreutes Wohnen oder stationäre Pflegeeinrichtungen. Pflegeheime und Einrichtungen der
672 Altenhilfe erfüllen damit eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe: Sie kümmern sich um unsere
673 ältesten, pflegebedürftigen, chronisch kranken oder dementen Mitbürgerinnen und Mitbürger.
674 Doch der Umgang mit dieser Verantwortung ist auch hier zunehmend geprägt von
675 ökonomischem Druck und der Suche nach Gewinnmargen.

676 Immer häufiger werden Pflegeheime von privaten, gewinnorientierten Trägern übernommen –
677 darunter große Pflegekonzerne, Investmentgesellschaften oder internationale Fonds. Diese
678 verfolgen primär gewinnorientierte Ziele, nicht das Wohl der Bewohner. Der Mensch gerät aus
679 dem Blick – obwohl gerade in der Pflege im Alter Zuwendung, Vertrauen und Kontinuität
680 entscheidend sind.

681 Das BSW fordert deshalb ein klares politisches Signal: Pflege darf kein Renditemodell sein.
682 Einrichtungen, die mit öffentlichem Geld oder aus Pflegeversicherungsbeiträgen finanziert
683 werden, müssen nach gemeinwohlorientierten Grundsätzen arbeiten. Gewinne aus der Pflege
684 dürfen nicht an Aktionäre oder Investoren ausgeschüttet werden, sondern müssen zu 100
685 Prozent in Qualität, Personal und Infrastruktur reinvestiert werden. Pflege im Alter muss für
686 alle Menschen bezahlbar bleiben. Es darf nicht sein, dass Pflegebedürftige oder deren
687 Angehörige ihr gesamtes Lebenswerk – ihre Ersparnisse, ihr Haus, ihre Altersvorsorge –
688 aufgeben müssen, um ein Pflegeheim bezahlen zu können. Wir fordern daher eine solidarisch
689 finanzierte Pflegeversicherung, die nicht nur das Existenzminimum absichert, sondern echte
690 Versorgungsgerechtigkeit und Versorgungssicherheit herstellt.

691 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen mehr Unterstützung und
692 Entlastung. Die Pflegeversicherung ist unzureichend und schützt nicht vor hohen

693 Eigenanteilen, die zur Armutsfalle werden können. Deshalb fordern wir einen
694 Pflegekostendeckel und eine auskömmliche Finanzierung der Investitionskosten durch Land
695 und Bund. Wir wollen auch die wohnortnahe sozialpsychiatrische Versorgung in Rheinland-
696 Pfalz ausbauen. Krisennotdienste und eine bessere Beratung für Betroffene und Angehörige
697 müssen flächendeckend sichergestellt werden. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die
698 sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Gewinnmaximierung.
699 Krankenhäuser, Versorgungszentren und Pflegeeinrichtungen sollen in kommunale oder
700 gemeinnützige Trägerschaft zurückgeführt und erhalten bleiben, ambulante Pflegehilfen
701 wollen wir ausbauen, damit auch pflegebedürftige Menschen möglichst lange in der eigenen
702 Wohnung leben können.

703 **8.2. Pflegeberufe aufwerten, Strukturen neu denken**

704 Der Pflegeberuf befindet sich in einer tiefen Krise. Seit Jahren leidet die Branche unter
705 strukturellen Problemen, die sich durch die Corona-Pandemie zusätzlich verschärft haben.
706 Pflegekräfte arbeiten unter extrem herausfordernden Bedingungen, die kaum mit einem
707 gesunden und sozialen Leben vereinbar sind. Familienunfreundliche Arbeitszeiten gehören zur
708 Tagesordnung: Früh-, Spät- und Nachtdienste wechseln sich in unregelmäßigen Intervallen ab.
709 Wochenend- und Feiertagsdienste sind selbstverständlich, Einspringen an den dienstfreien
710 Tagen aufgrund hoher Krankheitsstände ist Normalität.
711 Eine flexible Kinderbetreuung ist jedoch kaum vorhanden. Dies führt nicht nur zur
712 Erschöpfung der Beschäftigten, sondern schreckt auch junge Menschen und Quereinsteiger
713 davon ab, den Beruf überhaupt zu ergreifen.
714 Hinzu kommt eine unzureichende Bezahlung, die der Verantwortung, dem Wissen und der
715 körperlichen wie emotionalen Belastung in keiner Weise gerecht wird. Die Situation wird
716 durch landespolitisch gesetzte schlechte Personalschlüssel weiter verschärft. Das BSW fordert
717 daher deutliche Lohnerhöhungen für beruflich Pflegende in allen Bereichen von der
718 Intensivpflege in der Universitätsklinik bis zur Altenpflegerin im Seniorenheim, flexiblere
719 Arbeitszeitmodelle und eine deutliche, bedarfsorientierte Verbesserung des Personalschlüssels
720 sowie den Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz. Fort- und Weiterbildungen müssen gezielt
721 gefördert werden. Die generalisierte Ausbildung im Kranken- und Altenpflegebereich soll

722 rückgeführt und durch spezialisierte Ausbildungsgänge ersetzt werden. Auf Bundesebene wird
723 sich das BSW dafür einsetzen, dass Pflegekräfte und alle Beschäftigten in physisch oder
724 psychisch stark belastenden Berufen, aus medizinischen Gründen ab 60 Jahren abschlagsfrei in
725 die Altersrente gehen können, wenn sie dies wünschen. Zumindest die Basisversorgung muss in
726 kommunaler Hand bleiben, bereits privatisierte Kliniken rekommunalisiert werden. Die
727 Bürokratie im Gesundheitssystem muss deutlich reduziert werden, um mehr Zeit für die
728 Versorgung der Menschen zu schaffen. Ein weiterer Baustein sind neue Versorgungsstrukturen
729 durch die selbstständige Zuarbeit von gut ausgebildeten Pflegekräften, die Hausärztinnen und
730 Hausärzte in Pflegestützpunkten, spezialisierten Schmerz-Praxen oder als Wundmanager
731 gezielt unterstützen können. Diese Zusammenarbeit kann die ambulante Versorgung effizient
732 entlasten und die Qualität der Betreuung insbesondere für chronisch Kranke und ältere
733 Menschen deutlich verbessern.

734 **8.3. Pflegekammer Rheinland-Pfalz: Vielleicht gut gemeint, schlecht gemacht**

735 Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz wurde ursprünglich mit dem Ziel gegründet, den
736 Pflegeberuf zu stärken, ihn politisch besser zu vertreten und langfristig die Qualität in der
737 Pflege zu sichern. In der Praxis jedoch hat sich die Kammer als weitgehend ineffektiv erwiesen.
738 Zahlreiche Pflegekräfte kritisieren, dass sie zwar zur Zwangsmitgliedschaft und zur Zahlung
739 teils erheblicher Mitgliedsbeiträge verpflichtet sind, im Gegenzug jedoch kaum einen spürbaren
740 Nutzen erfahren. Die Kammer bietet weder juristische noch arbeits- oder berufsrechtliche
741 Beratung – Leistungen, die gerade in einem hochbelasteten Berufsfeld wie der Pflege dringend
742 notwendig wären. Auch in Fragen der Lohnentwicklung, der Verbesserung der
743 Arbeitsbedingungen oder der aktiven politischen Mitgestaltung bleibt die Kammer bislang
744 wirkungslos. Es fehlen konkrete Initiativen, klare Positionierungen oder durchsetzungsfähige
745 Interessenvertretung gegenüber Arbeitgebern, Politik oder Kassen. Stattdessen beklagen viele
746 Mitglieder mangelnde Transparenz, eine abgehobene Verwaltung und fehlende Nähe zur
747 Berufsrealität.
748 Wir fordern daher eine grundlegende Neuausrichtung der Interessenvertretung für
749 Pflegeberufe: Statt einer kostenintensiven, wenig handlungsfähigen Kammer braucht es eine
750 starke, demokratisch legitimierte Pflegegewerkschaft, die sich wirksam und direkt für die

751 Belange der Berufsgruppe einsetzt – mit Tarifkompetenz, juristischer Unterstützung und
752 bundesweiter Vernetzung.

753 **9. Zuhause muss wieder bezahlbar werden**

754 Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht. Aber Mieten und Immobilienpreise sind so stark
755 gestiegen, dass Wohnen vielerorts zum Luxus geworden ist. Bürokratisches Baurecht, steigende
756 Umweltauforderungen, der Verkauf öffentlichen Wohnraums an private Investoren, zahnlose
757 Mietpreisbremsen und der Wegfall zahlreicher Wohnungen aus der Sozialbindung sind
758 ursächlich hierfür. Waren in Rheinland-Pfalz 2011 noch knapp 72.000 Sozialwohnungen
759 verfügbar, ist diese Zahl 2023 auf knapp 38.000 gefallen. Dieser Trend wird sich weiter
760 fortsetzen. Wir wollen deshalb umsteuern: Die Landesregierung muss mehr Geld in den
761 sozialen Wohnungsbau investieren, das Baurecht vernünftig gestalten und den Mietpreisdeckel
762 zu einem wirkungsvollen Instrument gegen Mietwucher machen. Laut der DGB-Studie
763 „Zukunftsinvestitionen“ benötigt das Land ca. 4600 Sozialwohnungen pro Jahr mehr über einen
764 Zeitraum von 10 Jahren. Dies würde bedeuten: Eine Milliarde pro Jahr Landesmittel alleine für
765 diesen Bereich.

766 Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit Investitionen in den Kapitalstock
767 stärken und damit solche gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften auf Kreisebene
768 überhaupt erst ermöglichen. Die öffentliche Förderung des Baus privat finanzierter
769 Sozialwohnungen mit zeitlich begrenzter Sozialbindung wollen wir zugunsten der
770 Finanzierung gemeinnütziger und kommunaler Wohnungsbaugesellschaften verringern.
771 Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbote wollen wir durch handhabbare gesetzliche
772 Grundlagen für kommunale Satzungen umsetzbar machen.

773 Und weil Straßenausbaubeiträge auch als wiederkehrende Beiträge eine häufig unzumutbare
774 Belastung sind, wollen wir diese Beiträge abschaffen. Straßen sind öffentliche Einrichtungen
775 zum Nutzen aller und müssen deshalb aus Steuermitteln bezahlt werden.

776 **9.1. Sozialen Wohnungsbau: Fertigstellungen verdoppeln**

777 Sozialer Wohnungsbau muss ein wichtiger Investitionsschwerpunkt der Landespolitik werden.
778 Wir wollen den jährlichen Zubau an Sozialwohnungen im Neubau und in der Vollsanierung

779 unter Einbeziehung geeigneter Landesliegenschaften verdoppeln. Wir setzen uns weiterhin für
780 die zivile Nutzung von ehemaligen Bundeswehrliegenschaften ein, sie sind wichtige Pfeiler für
781 die kommunale und regionale Entwicklung. Den angekündigten Umwandlungsstopp von
782 Grundstücken und Standorten durch das Verteidigungsministerium, lehnen wir strikt ab.
783 Rheinland-Pfalz benötigt dringend bezahlbare Wohnungen statt Kasernen! Während tausende
784 Sozialwohnungen fehlen, steht gleichzeitig dringend benötigter Wohnraum aus
785 Spekulationsgründen leer oder weil Eigentümer auf noch höhere Einnahmen warten. Wir
786 fordern eine landesweite Meldepflicht für Leerstand und Sanktionen gegen spekulative
787 Nichtvermietung.

788 **9.2. Genossenschaften fördern, Baurecht vereinfachen**

789 Wir stärken kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften als gemeinnützige
790 Investoren bei der Sanierung und dem Erhalt sowie dem Neubau von mehr öffentlichem
791 Wohnraum. Kommunen sollen beim Ankauf und der Entwicklung leerstehender Gebäude und
792 Brachen unterstützt werden. Dazu brauchen wir ein landesweites Leerstandregister in
793 Zusammenarbeit mit den Kommunen. Außerdem fordern wir schnellere Genehmigungen
794 durch Vereinfachung der Bauordnung und der Baugenehmigungsverfahren. Wir setzen uns für
795 die Erhöhung der jährlichen Landesförderung für den Umbau altersgerechter, barrierefreier
796 und behindertengerechter Wohnungen ein. Kein Verkauf von kommunalem Gebäudebestand
797 an Investoren, die an einer Sozialbindung kein Interesse haben, kein Kaufvertrag ohne
798 Sozialbindungsklausel!

799 **9.3. Dem Klimawandel entgegentreten, aber sozialverträglich**

800 Wir wollen die Städtebauförderung und die Dorferneuerung stärken, um Schutzmaßnahmen
801 vor Starkregenereignissen, die Anlage von Gewässern und Grünflächen und den Einbau von
802 Löschwasserzisternen zu fördern. Kleingartenanlagen sind Oasen der Erholung in unseren
803 Städten sowie auch Biotope und Natur-Erlebnisorte. Sie fördern die Artenvielfalt, leisten einen
804 Beitrag für gesunde Ernährung und stärken den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen sie deshalb
805 schützen und Neuanlagen ermöglichen. Die energetische Sanierung treibt viele Mieter und
806 kleine Vermieter in die Enge. Was als Klimaschutzmaßnahme gedacht ist, wird zur sozialen
807 Belastung, wenn die Kosten einfach auf die Miete aufgeschlagen werden. Dazu kommen

808 steigende Energie- und Nebenkosten und eine teure Grundsteuerreform. Wir fordern ein
809 Sonderfinanzierungsprogramm: „Wohnen Sozial“ für Investitionen in energetische Sanierungen
810 von Hauseigentümern mit geringen Einkommen und Familien.

811 **9.4. Wohnen als Grundrecht: Gemeinnützigkeit stärken, Mieten deckeln**

812 Menschenwürdige Wohnverhältnisse sind für viele Mieterinnen und Mieter zu einem
813 unbezahlbaren Luxus geworden. Die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz wächst, ebenso
814 wie die Zahl jener, die in überfüllten oder ungeeigneten Unterkünften leben müssen. Wir
815 wollen landesweit mehr Wohnprojekte und Notunterkünfte schaffen. Zwangsräumungen aus
816 rein finanziellen Gründen lehnen wir ab. Niemand darf auf der Straße landen, weil er seine
817 Miete nicht mehr zahlen kann. Unser Ziel ist eine soziale Wohnungswende, die das
818 Gemeinwohl an die erste Stelle rückt. Wohnen ist kein Luxus und keine Ware, sondern ein
819 Grundrecht. Das BSW steht für eine Politik, die Menschen schützt – nicht Spekulanten. Wir
820 wollen, dass jeder Mensch im Land ein sicheres, bezahlbares Zuhause hat. Über eine
821 Bundesratsinitiative wollen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen. Die Neue
822 Wohngemeinnützigkeit darf kein bloßes Etikett ohne Wirkung bleiben. Wenn
823 Gemeinnützigkeit sich auf steuerliche Regelungen beschränkt, ohne zusätzlichen dauerhaft
824 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verfehlt sie ihren Anspruch.

825 Wir setzen uns dafür ein, dass Rheinland-Pfalz die Neue Wohngemeinnützigkeit durch
826 gezielte wohnungspolitische Maßnahmen mit Leben füllt und sie zu einem wirksamen
827 Instrument für dauerhaft bezahlbares Wohnen macht. In Regionen mit besonders
828 angespanntem Wohnungsmarkt setzen wir uns dafür ein, dass Mieten für sechs Jahre
829 eingefroren werden. Für die Zeit danach wollen wir keinen Inflationsautomatismus, sondern
830 gesetzliche Regelungen, nach denen Mietpreissteigerungen sozial ausgewogen an der
831 Einkommensentwicklung und den tatsächlichen Kosten ausgerichtet werden. Dazu werden wir
832 die bestehenden landesrechtlichen Spielräume konsequent nutzen und uns über eine
833 Bundesratsinitiative für entsprechende bundesgesetzliche Regelungen einsetzen. Ziel ist es,
834 bezahlbares Wohnen dauerhaft zu sichern und Verdrängung wirksam zu verhindern.

835 10. Mobilität ist kein Luxus

836 Die SPD geführte Landesregierung hat in den letzten Jahrzehnten unsere Infrastruktur
837 systematisch an die Wand gefahren. Laut der DGB-Studie „Zukunftsinvestitionen sind
838 wichtig“ müssten in Rheinland-Pfalz in den nächsten 10 Jahren fast 30 Mrd. Euro allein in
839 Infrastruktur investiert werden, um dem jahrzehntelangen Investitionstau zu begegnen. Nicht
840 zuletzt der Landesrechnungshof beklagt den Verfall der Landesstraßen – 2014 waren davon 28
841 Prozent in einem schlechten Zustand, aktuell sind es laut Bericht sage und schreibe 38 Prozent.
842 Gleichzeitig ist der ÖPNV inzwischen an Unzuverlässigkeit kaum noch zu überbieten.
843 Verspätungen, Zugausfälle, technische Probleme, fehlender Service – die Kunden müssen dafür
844 auch noch viel bezahlen. Wir brauchen erhebliche Investitionen in unsere Bestandsstrecken,
845 die zügige Reaktivierung von Bahnstrecken und verkürzte Planungs- und
846 Genehmigungsverfahren. Wir setzen auf einen attraktiven, flächendeckenden ÖPNV, auf
847 sichere Radwege, gute Straßen und flexible Rufbussysteme. Die Landesregierung hat den
848 Öffentlichen Nahverkehr zur Pflichtaufgabe der Kommunen gemacht – das war richtig. Aber
849 sie hat kein Geld für die Umsetzung bereitgestellt und das wollen wir ändern. Das
850 Deutschlandticket muss ausgeweitet und für Schüler kostenlos werden, den Führerschein
851 wollen wir wieder bezahlbar machen. Der Ausbau der A1 in der Eifel ist ein zentrales
852 Infrastrukturprojekt für Rheinland-Pfalz – und eine unendliche Geschichte. Geplant seit mehr
853 als 50 Jahren, ist die Fertigstellung immer wieder verschoben worden. Die wirtschaftliche
854 Bedeutung der Strecke ist enorm – nicht nur für den Norden von Rheinland-Pfalz. Wir fordern
855 deshalb: Der Ausbau der A1 muss unter Berücksichtigung von Natur- und Umweltschutz
856 vorangetrieben werden.

857 10.1. Alltagstauglich statt ideologisch

858 Der ÖPNV in seiner gegenwärtigen Form ist schlicht unbrauchbar, zumindest im ländlichen
859 Raum genügt er den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht. Solange das Auto in
860 vielen Landesteilen das wichtigste oder sogar einzige alltagstaugliche Fortbewegungsmittel ist,
861 wehren wir uns gegen eine ideologisch aufgeblasene Verkehrswende, die unüberlegt und gegen
862 die Interessen der Menschen durchgesetzt werden soll. Stattdessen brauchen wir einen
863 attraktiven Mix aller Verkehrsmittel.

864 10.2. Öffentlicher Personen-Nahverkehr: Kern zukunftsfähiger Verkehrspolitik

865 Unbestritten trägt der Verkehrssektor neben Industrie und privaten Haushalten erheblich zum
866 Ausstoß klimaschädlicher Gase und damit zum Klimawandel bei. Wer tatsächlich etwas zum
867 Klimaschutz beitragen will, kommt deshalb am Verkehrssektor nicht vorbei. Ein
868 funktionierender, gut ausgebauter und bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr ist
869 zweifellos der Kern einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Verkehrspolitik. Diese kann nur
870 mit einer gewaltigen Kraftanstrengung aller Beteiligten auf den Weg gebracht werden, die
871 länger als eine Wahlperiode halten muss. Die Sanierung und der Ausbau bestehender Straßen
872 und straßenbegleitender Radwege müssen im Blickpunkt der künftigen Verkehrspolitik stehen.
873 Ortsumfahrungen, die zur Verbesserung der Lebensqualität in den Ortschaften führen, sind zu
874 unterstützen. Kostenlose Pendlerparkplätze an Autobahnauffahrten und ÖPNV-Schnittpunkten
875 im ländlichen Raum ebenfalls.

876 Die Attraktivität von Bahnhöfen muss dringen erhöht werden, Toiletten müssen sauber und
877 nutzbar und alle Bahnsteige barrierefrei erreichbar sein. Und Menschen müssen sich in
878 Bahnhöfen rund um die Uhr sicher fühlen können. Das Deutschland-Ticket war ein Schritt in
879 die richtige Richtung, doch zeigt die für 2026 angekündigte Preiserhöhung, dass solche
880 sozialverträglichen Mobilitätsangebote weder im Denken der politischen Verantwortlichen,
881 noch in den entsprechenden Finanzhaushalten sicher verankert sind. Als erste Maßnahme für
882 bezahlbare Mobilität muss das Deutschland-Ticket so von Bund und Ländern finanziert
883 werden, dass weitere Preiserhöhungen für Nutzer ausgeschlossen sind. Menschen mit
884 Behinderungen, Schüler und Rentner müssen darüber hinaus besonders entlastet werden. Dies
885 erfordert eine Ausweitung und Vereinfachung der bestehenden Vergünstigungen, um deren
886 Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nachhaltig zu fördern und zu sichern.

887 Der Schienenpersonennahverkehr ist das Rückgrat eines funktionierenden öffentlichen
888 Verkehrsnetzes und befindet sich in Landeskompetenz. Entscheidende Vorteile weist dieser
889 Verkehrsträger in den Bereichen Kapazität, Energieeffizienz, Unabhängigkeit vom
890 Straßenverkehr und Reisegeschwindigkeit auf. Deshalb wollen wir diesen ausbauen, damit
891 mehr und schnellere Verbindungen flächendeckender angeboten werden können.

892 Der Ausbau des Busverkehrs und der Zuganbindung in ländlichen Gebieten, die Schaffung bzw.
893 der Ausbau oder die Reaktivierung von eng getakteten S-Bahnlinien zwischen den größeren

894 Städten sowie die Verbesserung der Zugverbindungen in angrenzende Bundesländer sind
895 Kernforderungen unserer Verkehrspolitik. Das Schienennetz gilt es durch überregionale Busse
896 im Takt der Schienenverbindungen zu ergänzen.
897 Das BSW fordert ein Landesförderprogramm für Ruftaxisysteme und Bürgerbusse im ländlichen
898 Raum auf festen Linien und auch für Individualstrecken. Die Förderung von Carsharing-
899 Angeboten sowie die Schaffung von Mitfahrgelegenheits-Plattformen erleichtern es den
900 Menschen, Fahrzeuge gemeinsam zu nutzen und die Anzahl der Fahrzeuge auf den Straßen zu
901 reduzieren.
902 Stillgelegte Streckennetze sollen für den Güter- und Personenverkehr durch die Aufnahme in
903 den Bundesverkehrswegeplan reaktiviert werden.

904 **10.3. Mehr Radwege**

905 Der Ausbau des Radverkehrs ist eine wichtige Maßnahme, um die Mobilität, Gesundheit und
906 Umweltfreundlichkeit in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Die Schaffung von sicheren und gut
907 zugänglichen Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, Haltestellen, Einkaufszentren und anderen
908 öffentlichen Orten erleichtert es den Menschen, das Fahrrad als Verkehrsmittel zu nutzen. Ein
909 breites Angebot von sicheren und gut ausgebauten Radwegen sowohl in urbanen als auch in
910 ländlichen Gebieten ist entscheidend. Dafür ist der Abruf und Einsatz von Fördermitteln z.B.
911 aus dem Nationalen Radverkehrsplan 3.0 des Bundes durch das Land zu verbessern.
912 Die Einrichtung von Fahrradstraßen, Fahrradampeln, Fahrradüberführungen und
913 Fahrradabstellplätzen an Kreuzungen und Verkehrsknotenpunkten trägt dazu bei, die
914 Verkehrssicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer zu verbessern.
915 Bei allen Punkten wollen wir mehr Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit, das heißt: Die
916 Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie von Interessengruppen in Planungsprozesse und
917 die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Kommunen, Unternehmen und Verbänden sind
918 entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung guter und
919 zukunftsfähiger Mobilität in allen Bereichen. Wir streben generell eine Beschleunigung von
920 Planfeststellungsverfahren für Verkehrsprojekte an.

921 **10.4. Nachhaltig – auch Planung und Finanzierung**

922 Der Staat steht in der Verantwortung, die ÖPNV-Finanzierung zu verstetigen und
923 bestandssichernd auszugestalten. Bisherige Förderprogramme waren nicht nachhaltig und
924 führten zu dem massiven Investitionsstau in allen Bereichen, den wir heute vorfinden. Wir
925 fordern deshalb einen ÖPNV-Strukturfonds für Rheinland-Pfalz mit mehrjähriger Bindung, um
926 Planung, Finanzierung, Beschaffung und Betrieb abzusichern.
927 Bei Infrastrukturinvestitionen müssen insbesondere die Kommunen besser von Bund und Land
928 unterstützt werden. Auch hier gilt, dass Planungssicherheit bei allen Bau- und
929 Strukturmaßnahmen nur durch eine Finanzierungsgarantie hergestellt werden kann.
930 Fahrgäste wünschen sich einfache Nutzungsoptionen über alle Verkehrsmittel hinweg:
931 Moderne Mobilitätsplattformen müssen Bus, Bahn, Car-Sharing und Rad niedrigschwellig
932 integrieren. Busse und Bahnen brauchen eigene Spuren, sichere und barrierefreie Ein- und
933 Ausstiege und bevorzugte Ampelschaltungen. Wir setzen den Schwerpunkt auf Zuverlässigkeit,
934 Pünktlichkeit und schnelleren Transit.

935 **10.5. Gute Löhne für gute Arbeit**

936 ÖPNV-Beschäftigte arbeiten oft unter schwierigen Bedingungen. Wir setzen uns
937 flächendeckend für Tarifverträge, gute Löhne und sichere Arbeitsplätze im ÖPNV ein. Einen
938 großen Anteil am Verkehrsdesaster haben nicht besetzbare Arbeitsplätze dringend benötigter
939 Busfahrer oder Lokomotivführer. Neben dem allgemeinen Fachkräftemangel kommen im
940 Verkehrssektor schlechte Entlohnung, hoher Arbeitsdruck und fehlende Aufstiegschancen
941 hinzu. Sollen die eklatanten Besetzungslücken tatsächlich geschlossen werden, muss das
942 Berufsbild der Fahrzeugführer deutlich aufgewertet und eine angemessene Entlohnung
943 angeboten werden.

944 **10.6. 50 Jahre altes Versprechen umsetzen: Güterverkehr auf die Schiene**

945 Schon vor rund 50 Jahren wurde erkannt, dass der Güter- und Warenverkehr per LKW auf der
946 Straße zu Problemen führt und ein Transport auf der Schiene günstiger und
947 umweltverträglicher wäre sowie die Verkehrsbelastung des Straßennetzes deutlich gesenkt
948 werden könnte. Schaut man sich an, wie sich auch heute LKW Stoßstange an Stoßstange
949 bewegen, stellt sich die Frage, was in den vergangenen Jahrzehnten eigentlich für dieses

950 wichtige verkehrspolitische Ziel getan wurde. Das BSW hält deshalb an dem Ziel fest, den
951 Güter- und Warenverkehr wo immer möglich auf die Schiene zu verlagern. Die Deutsche Bahn
952 ist ein Staatsbetrieb, das ist gut so. Deshalb muss es politisch auch durchsetzbar sein, dass die
953 Bahn die Preise für den Güterverkehr deutlich senkt, um mit dem Warentransport auf der
954 Straße überhaupt konkurrieren zu können. Die Schienennetzplanung muss zwingend die
955 Schienenanbindung von Umschlaganlagen und Logistikzentren beinhalten und
956 schnellstmöglich baulich und verkehrstechnisch umsetzen. Mehr Güter auf der Schiene
957 bedeuten weniger Staus, weniger Emissionen, weniger Straßenverschleiß und sparen langfristig
958 Infrastrukturkosten in beträchtlicher Höhe. Mit diesen unwiderlegbaren Argumenten sollten
959 Rheinland-Pfalz und die übrigen Bundesländer in der Lage sein, den Bund von dieser echten
960 Verkehrswende zu überzeugen. Und natürlich muss auch Rheinland-Pfalz seine politischen
961 Hausaufgaben machen, und landespolitische Kompetenzen für diese sinnvolle und
962 durchführbare Verkehrswende auch einsetzen.

963 **10.7. Zu Fuß sicher ankommen und Städte für Menschen gestalten**

964 Zu Fuß gehen ist die natürlichste Mobilitätsform. Aber schmale, marode Gehwege sowie zu
965 kurze Ampel-Grünphasen sind Ärgernis und Gefahrenquelle – besonders für ältere Menschen,
966 Eltern mit Kinderwagen und Personen mit Behinderungen. Breitere Gehwege, bedarfsgerechte
967 Querungshilfen, Fußgängerampeln und Beleuchtung mit gleichmäßiger Lichtverteilung
968 machen einen Fußweg zum Spaziergang und Ortskerne attraktiver. Für uns gilt: Barrierefreie
969 Wege sind Qualitätsmerkmale einer Stadt und verbessern die Aufenthaltsqualität. Straßen sind
970 mehr als Verkehrsraum – sie sind öffentliche Räume.

971 **10.8. Barrierefreie Mobilität**

972 Mobilität ist nicht für alle gleich. Menschen mit Beeinträchtigungen, Ältere mit Rollator, Eltern
973 mit Kinderwagen, Menschen mit Sehbehinderung – sie alle nutzen Mobilität anders. Eine
974 gerechte Mobilitätspolitik denkt diese Menschen nicht als Ausnahmefall, sondern von Anfang
975 an mit. Stufenfreie Züge und Busse müssen die Regel sein. Aufzüge müssen verlässlich
976 funktionieren. Taktile Leitsysteme, Echtzeitinformationen in Brailleschrift und Sprachausgabe,
977 klare und große Beschilderung sind Voraussetzung für Teilhabe. Servicepersonal sollte geschult
978 sein, Menschen mit Behinderungen ohne Bevormundung zu unterstützen. Breite Zuwege für

979 Rollator und Rollstuhl, ebene Beläge ohne Stolperkanten, sichere Querungen mit ausreichend
980 Überquerungszeit, Sitzplätze für Ältere – das ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen
981 hilfreich, das verbessert den ÖPNV für alle und beweist ganz praktisch Respekt. Nicht alle
982 können oder wollen mit moderner Technologie umgehen. Herkömmliche Methoden für
983 Information oder zum Erhalt von Fahrscheinen auf Papier müssen auch in der digitalen Welt
984 gewährleistet sein.

985 **11. Innere Sicherheit und Rechtsstaat stärken, Corona konsequent aufarbeiten**

986 Rheinland-Pfalz braucht einen handlungsfähigen Staat, der Sicherheit gewährleistet und Recht
987 durchsetzt. Wir fordern deshalb die gezielte Stärkung von Polizei und Justiz. Dafür braucht es
988 bessere personelle Ausstattung, eine moderne Infrastruktur sowie den Abbau bürokratischer
989 Hürden. Die Polizei muss flächendeckend präsent sein – insbesondere in strukturschwachen
990 Regionen, wo sich Bürgerinnen und Bürger zunehmend alleingelassen fühlen. Wir wollen für
991 eine zeitgemäße Ausrüstung der Polizei sorgen, insbesondere im Bereich des Selbstschutzes der
992 Beamten. Den Herausforderungen bei Cybercrime und sonstigen Straftaten im Internet kann
993 begegnet werden, indem die Polizei personell und technisch zur Bekämpfung und Verfolgung
994 dieser Kriminalitätsform ausgerüstet wird.

995 Auch die Justiz muss wieder in die Lage versetzt werden, Verfahren zügig und gerecht zu
996 bearbeiten: Dafür ist mehr Personal nötig und eine zügige Ausstattung mit modernen
997 Kommunikationsmitteln und Bürotechnik zwingend. Gerade in Rheinland-Pfalz bleiben
998 zehntausende Strafverfahren unerledigt, weil Amtsgerichte auf Grund unbesetzter
999 Richterstellen nicht mehr handlungsfähig sind. Diese Personallücken kann man nicht mit dem
1000 Argument des Fachkräftemangels abtun, denn sie sind ein ernst zu nehmendes
1001 Sicherheitsrisiko, das schnellstmöglich abgewendet werden muss. Der Rechtsstaat darf kein
1002 Papiertiger sein. Rheinland-Pfalz erlebt wie ganz Deutschland einen tiefgreifenden
1003 Vertrauensverlust in Politik und Institutionen. Viele Bürger haben das Gefühl, dass der Staat
1004 zwar immer stärker in ihr Leben eingreift, dabei aber seine Kernaufgaben vernachlässigt:
1005 Sicherheit gewährleisten, Recht durchsetzen, Wohlstand sichern und gesellschaftlichen Frieden
1006 ermöglichen. Das BSW tritt an, um diesen Trend umzukehren. Unser politisches Leitbild ist ein
1007 souveräner und handlungsfähiger Staat, der den Menschen dient – nicht umgekehrt. Wir

1008 bekennen uns zu einer starken Demokratie, zu politische Entscheidungen auf Grundlage von
1009 Vernunft, sozialer Verantwortung und Respekt vor der Lebensleistung der Bürgerinnen und
1010 Bürger. Wir lehnen ideologische Polarisierung, gesellschaftliche Spaltung und eine Politik der
1011 Bevormundung ab. Stattdessen wollen wir Zusammenhalt stiften, Leistung belohnen, Schwache
1012 schützen und die kulturelle Identität unseres Landes bewahren.

1013 **11.1. Corona-Politik konsequent aufarbeiten**

1014 Die Corona-Pandemie war eine große Herausforderung – für die Gesellschaft und für jeden
1015 Einzelnen. Viele Maßnahmen gingen weit über das notwendige Maß hinaus und führten zu
1016 tiefgreifenden Einschränkungen von Grundrechten, deren Verhältnismäßigkeit nie offiziell
1017 und öffentlich aufgearbeitet wurde. Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Gesellschaft, die
1018 frühzeitig auf Fehlentwicklungen hinwiesen, wurden diffamiert, ausgegrenzt oder mundtot
1019 gemacht. Menschen, die sich aus Sorge vor möglichen Nebenwirkungen nicht impfen lassen
1020 wollten, wurden oft pauschal unter Druck gesetzt oder gesellschaftlich benachteiligt.
1021 Inzwischen ist deutlich geworden, dass zentrale Versprechen der Corona-Impfkampagnen nicht
1022 eingehalten wurden. Die Risiken der neuartigen Impfstoffe wurden von den verantwortlichen
1023 Politikern verharmlost.

1024 Auch auf Landes- und kommunaler Ebene in Rheinland-Pfalz gab es schwere
1025 Fehlentscheidungen – etwa beim Umgang mit Schulschließungen oder der Sanktionierung und
1026 Ausgrenzung ungeimpfter Bürgerinnen und Bürger vom öffentlichen Leben. Das BSW
1027 Rheinland-Pfalz steht für echte Aufarbeitung statt Verschweigen. Wir fordern eine
1028 unabhängige und transparente Aufarbeitung der Corona-Politik in einem
1029 Untersuchungsausschuss des Landtages. Dazu gehört insbesondere eine systematische
1030 Auswertung der Impfnebenwirkungen auf Grundlage aller verfügbaren Daten, etwa der
1031 Krankenkassen und Melderegister. Wo solche Daten bislang fehlen, müssen sie erhoben und
1032 wissenschaftlich ausgewertet werden. Dafür sind die entsprechenden Gelder bereitzustellen.
1033 Das staatliche Handeln während der Corona-Jahre muss vollständig beleuchtet,
1034 Entscheidungsprozesse offengelegt und politische Verantwortung klar benannt werden. Ziel ist
1035 es, aus Fehlern zu lernen, Überreaktionen zu vermeiden und einen Handlungsplan für
1036 zukünftige Pandemien zu erstellen.

1037 Wegen der völlig unzureichenden und mangelhaften Erfassung der Nebenwirkungen und der
1038 Weigerung, die bisher vorliegenden Daten einer kritischen Analyse zu unterziehen, fordern wir
1039 wegen des bisher bekannt gewordenen eklatanten Missverhältnisses von Wirkung und
1040 Nebenwirkung, für sämtliche mit diesem gentechnischen Verfahren produzierten Substanzen
1041 ein sofortiges Moratorium der Anwendung an gesunden Menschen, Tieren und Pflanzen.
1042 Impfschäden müssen vollumfänglich entschädigt werden. Bei begründetem Verdacht auf einen
1043 Impfschaden müssen Diagnostik, Therapie und Entschädigung staatlich übernommen werden.
1044 Darüber hinaus setzen wir uns für ein Amnestie-Gesetz für Corona-Verstöße ein, wodurch
1045 Bußgelder und Strafen gegen Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit Impfpflicht,
1046 Kontaktverboten oder Ausgangssperren aufgehoben oder rückwirkend erlassen werden. Solche
1047 Amnestie-Regelungen wurden bereits in anderen Ländern umgesetzt – etwa in Österreich oder
1048 in Spanien. Und schlussendlich braucht es eine aufrichtige Entschuldigung der politisch
1049 Verantwortlichen für die eklatante Ausgrenzung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die
1050 sich kritisch mit der Coronapolitik auseinandergesetzt haben und dafür Herabwürdigungen,
1051 Beleidigungen, Verleumdungen und den Verlust ihrer Bürgerrechte erleben mussten. Unser
1052 Staat darf nie mehr so übergriffig auftreten und eine Spaltung der Gesellschaft selber aktiv
1053 betreiben.

1054 **11.2. Ein starker Staat für Sicherheit und Recht**

1055 Ein handlungsfähiger Staat ist die Grundlage einer freien Gesellschaft. Rheinland-Pfalz benötigt
1056 eine Polizei, die präsent, modern ausgestattet und personell gut aufgestellt ist. Wir stehen für
1057 eine grundlegende Optimierung der Verwaltung. Unser Ziel ist ein Staat, der dient, statt
1058 behindert. Überflüssige Aufgaben werden gestrichen, Verfahren gestrafft und digitale Lösungen
1059 konsequent umgesetzt. Rheinland-Pfalz soll zum Vorreiter einer digitalen, schlanken und
1060 bürgerorientierten Verwaltung werden. Wir fordern eine strenge demokratische Kontrolle des
1061 Verfassungsschutzes. Parteiverbote sind kein Mittel demokratischer Auseinandersetzung,
1062 sondern gefährden das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir sind der Überzeugung, dass
1063 Sicherheit nicht primär durch repressives Handeln gewährleistet werden kann, sondern soziale
1064 Gerechtigkeit und Chancengleichheit voraussetzt.

1065 Die Polizei hat ihre höchste Verpflichtung darin, unseren demokratischen Rechtsstaat zu
1066 schützen und die Grundrechte der Bürger als Abwehrrechte gegen staatliche Eingriffe zu
1067 garantieren. Alle Sicherheitsbehörden sind den verfassungsmäßigen Freiheitsgarantien als
1068 höchstem Recht verpflichtet - nicht herrschenden Eliten, Parteipolitik oder Ideologien. Der
1069 Schutz der Versammlungsfreiheit, der politischen Betätigung und der Meinungsfreiheit ist die
1070 zentrale Aufgabe jeder Polizistin und jedes Polizisten – jeden Tag und überall im Land.
1071 Besonders wichtig ist uns, dass aus rechtswidrigem Handeln niemand einen Vorteil hat. Dies
1072 gilt im Einzelfall, besonders jedoch für den Bereich der organisierten Kriminalität. Wir
1073 verurteilen jede Form von gewalttätigem Extremismus, sei er politisch oder religiös motiviert.
1074 Der zunehmenden Radikalisierung insbesondere bei Minderjährigen stellen wir einen
1075 inklusiven Maßnahmenansatz entgegen: Bildung, Prävention und zügige Justiz. Sicherheit
1076 entsteht, wenn Prävention und Gesetzesvollzug Hand in Hand gehen – nicht durch immer
1077 härtere Strafen. Kriminalität hat soziale Ursachen: Armut, Perspektivlosigkeit, fehlende
1078 Bildung.

1079 **11.3. Rechtsstaat versus Überwachungsstaat**

1080 Der Rechtsstaat darf sich nicht unterwandern lassen. Eine Preisgabe von Räumen oder die
1081 Resignation vor organisierter Kriminalität sind weder vernünftig noch gerecht. Wir wollen
1082 unsere Polizei auf Augenhöhe mit kriminellen, terroristischen und extremistischen Strukturen
1083 bringen. Wir haben primär die kriminellen Netzwerke im Blick, gewährleisten eine effiziente
1084 Kriminalitätsbekämpfung auf der Grundlage des Legalitätsprinzips. Denn: Nur wer die großen
1085 Fische fängt, schützt ehrliche Bürger. Alle Befugnisse müssen den Sicherheitsbehörden genau
1086 die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen rechtlichen Handwerkzeuge geben und immer
1087 eindeutige und klare Grenzen definieren. Ermächtigungsgrundlagen mit besonders hoher
1088 Eingriffstiefe – wie die KI-basierte Auswertung von Bestandsdaten oder der automatisierte
1089 Datenabgleich dürfen nur auf richterlichen Beschluss erfolgen und sind nur da erforderlich, wo
1090 unsere Gesellschaft vor extremistischen, terroristischen oder schwersten Straftaten geschützt
1091 werden muss. Wir lehnen Programme wie „Palantir“ ab, bei denen Datenschutz und
1092 Grundrechte nicht gewährleistet sind und die in eine gefährliche Abhängigkeit von US-
1093 Geheimdiensten und -Konzernen führen. Dennoch muss unsere Polizei mit einer zeitgemäßen

1094 Software für die technische Datenauswertung ausgestattet werden, die selbstverständlich
1095 rechtsstaatlichen Anforderungen genügen muss. Sie muss daher einer strikten, richterlich
1096 kontrollierten Anwendungsbegrenzung unterliegen, Datensicherheit garantieren und ihre
1097 Datenflüsse und Logarithmen müssen vollständig nachvollziehbar sein. Wir verlangen die
1098 strikte Begrenzung verdeckter Maßnahmen wie Quellen-Telekommunikationsüberwachung
1099 und Online-Durchsuchung auf besonders schwerwiegende Einzelfälle. Wir wollen eine klare
1100 gesetzliche Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Sicherheitsaufgaben. Dazu gehört,
1101 dass bei hoheitlichen Aufgaben keine privaten Sicherheitsdienste eingesetzt werden und keine
1102 Auslagerung von Verkehrsüberwachung an private Firmen stattfindet. Dem Einsatz Künstlicher
1103 Intelligenz werden wir nur dann zustimmen, wenn die finale Entscheidung durch einen
1104 Menschen getroffen wird. KI darf sich auf keinen Fall verselbständigen. Wir wollen, dass die
1105 Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung krimineller
1106 Strukturen zum Standard wird. Der öffentliche Raum – Straßen, Plätze und Parks – muss
1107 wieder zu einem unbeschwerten Aufenthaltsraum für die Menschen werden. Gewalt,
1108 Straßenkriminalität, Fehlnutzungen und Verwahrlosung stehen den Freiheitsrechten der
1109 Menschen und ihrem Wunsch nach gesellschaftlichen Begegnungsräumen entgegen.

1110 **11.4. Mehr Personal und bessere Ausstattung für die Justiz**

1111 Ein moderner Rechtsstaat braucht eine Justiz, die effizient arbeitet und Vertrauen schafft. Wir
1112 setzen auf Digitalisierung, ausreichendes Personal und rechtssichere Verfahren. Der
1113 Strafvollzug soll der Resozialisierung dienen, gleichzeitig aber die Sicherheit der Bevölkerung
1114 gewährleisten. Staatsanwaltschaften, Gerichte und das Personal der Justizvollzugsanstalten
1115 arbeiten seit Jahren an ihrer Belastungsgrenze. Mehr Staatsanwälte und Richter sowie die
1116 Digitalisierung von Arbeitsprozessen sollen den Verfahrensstau an den Gerichten auflösen
1117 sowie eine schnellere Bearbeitung der Verfahren ermöglichen. Wer im Strafvollzugsdienst
1118 arbeitet, sorgt für die Sicherheit von uns allen und verdient unseren besonderen Respekt. Wir
1119 wollen die Belastung durch mehr Personal verringern und frühzeitig um Nachwuchs werben.
1120 Wir wollen, dass IT- Systeme und Konzepte länderübergreifend einheitlicher werden, um die
1121 Effektivität zu steigern und das Personal zu entlasten.

1122 Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Private Betreiber und private
1123 Sicherheitsdienste in Gerichten und Justizvollzugsanstalten lehnen wir ab. Wir wollen dafür
1124 sorgen, dass in Schulen und Universitäten verstärkt um Nachwuchs für Gerichte,
1125 Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug geworben wird. Um die Nachwuchsgewinnung zu
1126 ermöglichen, wollen wir die juristischen Ausbildungsmöglichkeiten und Studienplätze
1127 ausweiten. Davon sollen alle juristischen Bereiche profitieren. Wir wollen den Zugang des
1128 Einzelnen zum Recht und das Wissen über seine Rechte stärker in die Allgemeinbildung
1129 einbeziehen. Hierzu gehört die Vermittlung dieses Wissens bereits in der Schule. Da eine gute
1130 Rechtsberatung keine Frage des persönlichen Geldbeutels sein darf, setzen wir uns für eine
1131 Überarbeitung und Aktualisierung des Zugangs zu einer guten Rechtsberatung als Leistung der
1132 Daseinsvorsorge auch für Menschen mit kleinem Einkommen ein. Für die Herausforderungen
1133 aus KI und Cyber-Kriminalität sehen wir die Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden nicht
1134 ausreichend gerüstet. Dem wollen wir mit der Einrichtung einer
1135 Schwerpunktstaatsanwaltschaft und dem Aufbau entsprechender Abteilungen begegnen. Dafür
1136 müssen gut ausgebildetes Personal requiriert werden und kontinuierliche
1137 Fortbildungsmaßnahmen im IT-Bereich stattfinden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, ein
1138 Regelwerk für den Umgang mit künstlicher Intelligenz in der Justiz und öffentlichen
1139 Verwaltung zu erarbeiten und demokratisch zu legitimieren.

1140 **11.5. Katastrophenvorsorge und Notfallversorgung als Staatsaufgabe**

1141 Die Ahrtal-Katastrophe hat das Versagen der bestehenden Strukturen offengelegt. Wir
1142 erkennen die bisherigen Reformschritte an, fordern aber eine beschleunigte Umsetzung.
1143 Prävention, regionale Krisenstäbe und funktionierende Alarmierungssysteme stehen im
1144 Mittelpunkt unserer Katastrophenschutzpolitik. Der Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz
1145 braucht dringend Zuwachs an gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch bei
1146 den Führungskräften. Zudem müssen Weiterbildungen im Bereich medizinischer und
1147 Brandschutz- sowie Hilfeleistungskenntnisse gefördert werden. Ehrenamtlich Tätige müssen
1148 stärker vor beruflichen Nachteilen geschützt werden. Die politische Instrumentalisierung des
1149 Katastrophenschutzes als Werbung für die Führbarkeit von Kriegen sowie für die
1150 Notwendigkeit einer vergrößerten Armee für zivile Amtshilfe lehnen wir ab. Zur

1151 Gewährleistung eines effektiven Systems der Gefahrenabwehr in unserem Bundesland müssen
1152 künftig sämtliche Kapazitäten und Synergieeffekte genutzt werden, z.B. durch die stärkere
1153 Einbindung von Betriebsfeuerwehren in Katastrophen-Schutzkonzepte. Im Bereich der
1154 Notfallhilfe durch Feuerwehr, Rettungsdienst und die verschiedenen Organisationen des
1155 Katastrophenschutzes setzen wir uns für die Einheit von guter Ausstattung, reichhaltiger
1156 Qualifikation und breiter Würdigung des Engagements der Einsatzkräfte ein. Wir setzen uns
1157 für eine Ausweitung der Vergünstigungen für Ehrenamtler in den verschiedensten
1158 Lebensbereichen ein. Beschaffungsmaßnahmen der Kommunen, insbesondere im Bereich der
1159 Anschaffung technischer Infrastruktur, müssen vom Land stärker unterstützt werden.

1160 **12. Kulturbetrieb dauerhaft absichern, Sport fördern**

1161 Kultur ist die geistige Grundlage für ein gelingendes und erfülltes Leben, für Freiheit und eine
1162 demokratische Gesellschaft. Wir stehen für den Erhalt der kulturellen Vielfalt im Land und das
1163 Recht auf barriere- und voraussetzungsfreien Zugang zu Kulturangeboten für alle, zu allen
1164 Genres und in allen Lebensräumen.

1165 Der Kulturbegriff muss weiter gefasst werden. Kunst ist ein wichtiges Mittel für die
1166 Entwicklung sozialer Kompetenzen sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir setzen uns ein
1167 für den Erlass eines Kulturfördergesetzes. Ein zentraler Bestandteil soll die Ausweitung und
1168 Verstetigung der institutionellen Förderung gerade kleiner Einrichtungen im ländlichen Raum
1169 sein. Auch drittmittelfinanzierte Projekte müssen abgesichert werden. Bestehende
1170 Förderlücken – etwa zwischen institutioneller und projektbezogener Förderung – wollen wir
1171 schließen. Die freie Szene verdient bessere Planbarkeit und langfristige Strukturen, etwa durch
1172 Kulturstiftungen oder ähnliche Modelle.

1173 **12.1. Leuchttürme und lokale Kulturprojekte nachhaltig absichern**

1174 Kulturelle Leuchttürme wie das Staatstheater oder die Staatsphilharmonie müssen dauerhaft
1175 erhalten bleiben. Die Finanzierung muss verlässlich, dynamisiert und bestandsichernd
1176 ausgestaltet werden. Auch die Musik- und Kunstschulen im Land verdienen eine verbesserte
1177 Unterstützung. Wir fordern eine soziale Zugangskomponente sowie eine tarifanaloge und
1178 landeseinheitliche Absicherung freier Lehrkräfte. Die Volkshochschulen, Museen,

1179 Gedenkstätten, Bibliotheken, Galerien und Kinos bilden das Rückgrat der kulturellen
1180 Grundversorgung und sollen strukturell gestärkt und von konjunkturellen Schwankungen
1181 unabhängig gemacht werden. Soziokulturelle Einrichtungen erfüllen eine zentrale Funktion für
1182 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere im ländlichen Raum. Sie müssen verlässlich
1183 finanziert und weiterentwickelt werden. Auch die lokale kulturelle Infrastruktur wie Chöre
1184 oder Heimatmuseen gehört zur kulturellen Vielfalt des Landes.

1185 **12.2. Breiten- und Leistungssport fördern**

1186 Die Förderung und Weiterentwicklung des Sportes, der sportlichen Einrichtungen und des
1187 Ehrenamtes im Sport haben für das BSW eine hohe Priorität. Die gilt gleichermaßen für den
1188 Breitensport und den Leistungssport. Wir wollen gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden
1189 eine sportpolitische Agenda erarbeiten und einen Zukunftsplan Sport mit verbindlichen
1190 Handlungsempfehlungen entwickeln. Kommunen wollen wir bei Investitionen und laufenden
1191 Finanzierungen von bedarfsgerechten Sportangeboten für Kinder, Jugendliche und Senioren
1192 unterstützen. Der Sportstättenbau und die Sportstättenanierung sollen mehr als bisher
1193 gefördert werden.

1194 Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen niedrigschwellige
1195 Angebote für eine sinnvolle sportliche Betätigung erhalten. Dazu sollen passgenaue
1196 Förderprogramme für alle Gruppen entwickelt werden, die insbesondere auf eine
1197 gesundheitsfördernde Bewegung ausgerichtet sind. Der Schulsport ist zu stärken und
1198 auszubauen. Es ist ein Skandal, dass viele Kinder nicht mehr Schwimmen lernen, weil sich
1199 Kommunen keine Schulschwimmbecken mehr leisten können.

1200 **13. Für eine realistische und gerechte Zuwanderungspolitik**

1201 Das Grundrecht auf Asyl für verfolgte Menschen ist eine wichtige Errungenschaft nach dem
1202 Zweiten Weltkrieg. Für dieses Grundrecht steht das BSW ein. Doch wir sehen auch: Die
1203 Vermischung von Asylrecht mit unkontrollierter Massenzuwanderung hat in den letzten zehn
1204 Jahren zur Überforderung vieler Kommunen geführt – auch in Rheinland-Pfalz. Die wachsende
1205 Unzufriedenheit und Unsicherheit vieler Bürger ist ein ernstzunehmendes Signal. Durch
1206 mangelnde Integration können auch Parallelgesellschaften und Clan-Strukturen entstehen, in

1207 denen nicht deutsch gesprochen wird, die von organisierter Kriminalität leben und häufig
1208 einem militanten Islamismus anhängen. Diese Strukturen gefährden nicht nur unsere
1209 Sicherheit. Sie spalten unsere Gesellschaft. Leidtragende sind auch Menschen mit
1210 Migrationshintergrund, die seit vielen Jahren hier leben, zum Wohlstand unseres Landes
1211 beigetragen haben und gut in unsere Gesellschaft integriert sind. Unser Ziel ist eine
1212 menschliche Asylpolitik, die klare Regeln setzt: Hilfe für Verfolgte – ja. Aber keine Anreize für
1213 unregelte Einwanderung. Asylverfahren sollen an den EU-Außengrenzen oder in sicheren
1214 Drittstaaten durchgeführt werden – nicht erst in deutschen Großstädten. Zu einer gerechten
1215 Migrationspolitik gehört auch, dass keine Gruppe bevorzugt wird, wie es bei den Geflüchteten
1216 aus der Ukraine der Fall ist. Wir fordern die schnellere Abschiebung von Menschen ohne
1217 Bleiberecht – insbesondere von Straftätern und solchen, die das Asylrecht missbrauchen. Wer
1218 sich illegal in Deutschland aufhält, hat keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Wer dauerhaft
1219 nicht bleiben darf, muss das Land verlassen. Für ausreisepflichtige Personen soll es künftig nur
1220 noch Sachleistungen geben. Integration kann nur gelingen, wenn die Zahl der Zugewanderten
1221 unsere Gesellschaft nicht überfordert. Um Integration zu ermöglichen, braucht es frühzeitige
1222 Sprachförderung. Ehrenamtliche Sprachkurse wollen wir ausbauen und gezielt unterstützen –
1223 insbesondere im ländlichen Raum, wo Integrationsangebote bislang oft schwer erreichbar sind.
1224 Bei vergleichbarer Qualifikation sollen ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt
1225 werden. Wer arbeiten kann, soll das auch tun – schon während des Asylverfahrens. So
1226 entlasten wir die Sozialsysteme und fördern Integration. Eine Migrationspolitik, die für
1227 Struktur sorgt und Integration ermöglicht, ist kein Widerspruch – sie ist die Grundlage für
1228 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rheinland-Pfalz braucht eine verlässliche Steuerung statt
1229 einer Politik der Überforderung. Wir lehnen eine Sündenbock-Strategie ab, die sich
1230 grundsätzlich gegen Menschen anderer Herkunft richtet und setzen uns für aktive und
1231 gelingende Integration ein.

1232 **13.1. Gesellschaftliche Akzeptanz ist Voraussetzung**

1233 Ein modernes Migrationskonzept muss gerecht und human sein. Integration gelingt nur, wenn
1234 Aufnahme und Unterstützung leistbar und geordnet erfolgen und von beiderseitiger
1235 Verantwortung geprägt sind. Rheinland-Pfalz steht wie ganz Deutschland vor der Aufgabe,

1236 Migration so zu gestalten, dass sie Chancen eröffnet, ohne die sozialen und strukturellen
1237 Systeme zu überlasten. Dabei muss klar unterschieden werden zwischen Migration in den
1238 Arbeitsmarkt, die unsere Wirtschaft stärkt, und Migration in das Sozialsystem, die begrenzt und
1239 gesteuert werden muss. Humanität und Ordnung sind keine Gegensätze – sie bedingen
1240 einander. Nur wenn Zuwanderung nachvollziehbar und gerecht gesteuert wird, bleibt sie
1241 gesellschaftlich akzeptiert.

1242 **13.2. Steuerung und Begrenzung der Migration**

1243 Migration darf kein Zufallsprozess sein. Aufnahme muss planbar, fair und realistisch bleiben –
1244 für Staat, Gesellschaft und die Menschen, die zu uns kommen. Überforderung in Schulen,
1245 Verwaltungen oder auf dem Wohnungsmarkt gefährden den sozialen Frieden. Rheinland-Pfalz
1246 braucht eine klare Linie: Schutz für die Schutzbedürftigen, Perspektiven für die
1247 Leistungswilligen und Konsequenzen bei Missbrauch. Wie viele Asylsuchende auf die
1248 einzelnen Bundesländer bzw. Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt werden,
1249 bestimmt der sogenannte Königsteiner Schlüssel. Insbesondere Kommunen beklagen jedoch,
1250 dass die Kriterien des Königsteiner Schlüssels kaum die soziale Realität vor Ort widerspiegeln.
1251 Um Behörden, Bildungseinrichtungen oder den lokalen Wohnungsmarkt zu entlasten, sahen
1252 sich bereits in der Vergangenheit einige Kommunen in Rheinland-Pfalz veranlasst, zeitlich
1253 begrenzte Aufnahme-Stopps zu verhängen. Dies kann jedoch nur die Ultima Ratio sein.
1254 Deshalb müssen die realen Bedingungen vor Ort bei der Verteilung von Asylsuchenden
1255 wesentlich besser erfasst und in einen reformierten Kriterienkatalog aufgenommen werden, der
1256 die Grundlage des Verteilverfahrens bilden soll. Für Kommunen mit verfestigten
1257 Strukturproblemen und dauerhaft prekärer Haushaltslage muss ein verminderter
1258 Verteilungsschlüssel angewandt werden. Mit Herkunftsländern wie Irak, Afghanistan oder
1259 Katar sind verbindliche Rückführungsabkommen zu treffen, die konsequent umgesetzt werden
1260 müssen. Wird die Ausweisung angeordnet, müssen Ausreisepflichtige konsequent und schnell
1261 zurückgeführt werden.

1262 **13.3. Handlungsfähige Behörden**

1263 Effiziente Behörden sind die Grundlage jeder erfolgreichen Integrationspolitik. Überlastete
1264 Ämter, lange Wartezeiten und unklare Zuständigkeiten schwächen nicht nur das Vertrauen der

1265 Bevölkerung, sondern auch die Integrationschancen der Zugewanderten. Digitalisierung,
1266 Personalaufbau und klare Verfahren sind zentrale Bausteine für eine funktionierende
1267 Verwaltung. Ausländerbehörden, Jobcenter, Sozialämter und BAMF-Landesstellen müssen
1268 strukturell miteinander verzahnt werden und eine koordinierte Zusammenarbeit pflegen.
1269 Doppelstrukturen sollten vermieden werden, dies spart Zeit, Geld und Ressourcen. Wir wollen
1270 ein digitales Landesportal für Aufenthalt, Asyl und Arbeitsgenehmigungen, das Verfahren
1271 bündelt und beschleunigt. Insbesondere Kommunen benötigen mehr Fachpersonal, damit
1272 verbindliche Bearbeitungsfristen eingehalten und Verfahren insgesamt planbarer und für alle
1273 Beteiligten transparenter werden. Clan-Strukturen und organisierte Kriminalität müssen
1274 konsequent verfolgt werden. Ausländer, die sich schwerer Straftaten schuldig gemacht haben,
1275 müssen umgehend abgeschoben werden.

1276 **13.4. Integration ab dem ersten Tag**

1277 Wer in Deutschland lebt, muss sich an die hier geltenden Regeln halten und Teil unserer
1278 Gesellschaft werden wollen. Integration beginnt nicht nach Monaten, sondern vom ersten Tag
1279 an. Wer in Rheinland-Pfalz ankommt, soll schnell die Sprache lernen, Arbeit finden und Teil
1280 der Gesellschaft werden können. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Die Leitlinie einer
1281 gelingenden Integration muss lauten: Arbeit vor Sozialleistung. Ab dem Tag der Einreise und
1282 unabhängig vom Stand des Asylverfahrens sollen Asylsuchende ein Arbeitsverhältnis antreten
1283 können, denn Beschäftigung ist der Schlüssel erfolgreicher Integration. Wo noch nicht
1284 geschehen, müssen entsprechende Gesetzesänderungen vorgenommen werden. Dazu gehören
1285 gezielte Kontrollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Jobcentern, Familienkassen und
1286 Ausländerbehörden, um Mehrfachleistungen zu verhindern. Sprachkurse und ein
1287 Kindergartenjahr für die Kinder der Zugewanderten müssen ab dem ersten Tag verpflichtend
1288 angeboten und wahrgenommen werden. Dafür müssen von staatlicher Seite alle notwendigen
1289 Ressourcen und Strukturen zur Verfügung gestellt und nachhaltig werden. Auch hier gilt, dass
1290 die Kommunen als letztes Glied der Kette nicht auf den Kosten sitzen bleiben dürfen.

1291 **13.5. Gesellschaftliche Stabilität und Gewaltprävention**

1292 Eine gelungene Integrationspolitik fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und schützt vor
1293 Spannungen. Davon sind wir allerdings weit entfernt. Rechtsextremistische Gewalttaten gegen

1294 Ausländer haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, genauso wie der Anteil von
1295 Migranten bei Gewaltdelikten unvermindert hoch ist. Entscheidende Gründe sind die
1296 allgemeine Verharmlosung des Rechtsextremismus einerseits und Denk- und Sprechverbote
1297 andererseits. Es ist nun höchste Zeit, dass der gesellschaftliche Mainstream, allen voran die
1298 Medien, die Realitäten der Migration erkennen, akzeptieren und Lösungen suchen, statt aus
1299 politischem Kalkül zu schweigen oder zu versuchen, Probleme unter den Teppich zu kehren.
1300 Wenn die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sich besser kennenlernen und miteinander
1301 kommunizieren, wird dies fast automatisch dazu führen, dass Gewaltbereitschaft sinkt und
1302 Gewalttaten abnehmen. Insbesondere brauchen wir ein Vielfaches an geschultem Fachpersonal
1303 für die Bewältigung von Traumafolgen und wesentlich mehr Therapieplätze. Sind die zivilen
1304 und integrativen Mittel erschöpft, müssen geltende Gesetze schnell und konsequent greifen und
1305 angewandt werden.

1306 **13.6. Ursachen von Migration bekämpfen**

1307 Langfristig kann Migration nur gesteuert und vermindert werden, wenn ihre Ursachen vor Ort
1308 bekämpft werden. Hauptfluchtursachen sind Kriege, Bürgerkriege, soziale Ungleichheit und
1309 Armut. Rheinland-Pfalz muss sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Politik einsetzen, die
1310 Kriege, Krisen und Ungleichheit an der Wurzel packt und dafür Lösungen findet. Das BSW
1311 steht für eine sozial gerechte und friedliche Politik. Mit uns wird es keine Aufrüstung, keine
1312 Rüstungsexporte und keine finanzielle Beteiligung an Kriegen und Krisenherden geben. Würde
1313 man die aberwitzigen Summen, die jährlich für Aufrüstung und Kriege ausgegeben werden, für
1314 humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit investieren, wären Fluchtursachen schnell
1315 und langfristig beseitigt.

1316 **14. Weinbau, Landwirtschaft, Tourismus – Identität und Wirtschaftsfaktor**

1317 Rheinland-Pfalz ist ein Land, das traditionell und strukturell eng mit der Landwirtschaft, dem
1318 Weinbau, der Forstwirtschaft und dem Tourismus verbunden ist. Rund 47 Prozent der
1319 gesamten Landesfläche werden landwirtschaftlich genutzt – ein Wert, der belegt, wie stark die
1320 Ernährungssicherung, die Kulturlandschaft und der ländliche Raum vom Einsatz der
1321 Landwirtinnen und Landwirte abhängen. Die Landwirtschaft bildet nicht nur die Basis unserer

1322 Lebensmittelversorgung und trägt zur Ernährungssicherheit bei, sondern stellt auch einen
1323 erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Gleichzeitig befindet sich der Sektor in einem tiefgreifenden
1324 Wandel, den man durchaus als Krise bezeichnen kann: Klimatische Veränderungen, steigende
1325 Preise für Energie, Saatgut und Düngemittel sowie ein generell inflationsgeprägtes Umfeld
1326 setzen viele Betriebe unter Druck. Hinzu kommt die schwindende gesellschaftliche und
1327 politische Wertschätzung, die in vielen Höfen für Frust sorgt. Dabei ist gerade die kleinteilige
1328 und mittelständische Struktur, wie sie in Rheinland-Pfalz noch erhalten ist, ein wertvolles Gut,
1329 das es unbedingt zu schützen gilt.

1330 **14.1. Familienbetriebe unterstützen und fördern**

1331 Ein zentrales Anliegen besteht deshalb darin, die Landwirtschaft in ihrer wirtschaftlichen
1332 Tragfähigkeit zu stabilisieren und langfristig abzusichern. Dazu gehört Preisstabilität ebenso
1333 wie der Erhalt bestehender Steuervorteile, etwa beim Agrardiesel. Besonders die Entwicklung
1334 der letzten Jahre zeigt die dramatische Lage: Stickstoffdünger verteuerte sich zwischen 2021
1335 und 2023 um rund 75 Prozent, Saatgutpreise stiegen um etwa 30 Prozent, und die Energiepreise
1336 haben sich teilweise verdoppelt. In Rheinland-Pfalz gibt es rund 16.000 landwirtschaftliche
1337 Betriebe, von denen ein Großteil klein- und mittelständisch ist. Doch die Zahl schrumpft
1338 deutlich – allein zwischen 2010 und 2020 ging die Anzahl der Betriebe um etwa 15 Prozent
1339 zurück. Viele Familienbetriebe stehen vor existenziellen Herausforderungen. Um diesen Trend
1340 zu stoppen, bedarf es gezielter Förderung junger Landwirtinnen und Landwirte, Förderung
1341 junger Landwirtinnen und Landwirte, erleichterter Hofübergaben durch umfassende
1342 Beratungsangebote und den Abbau steuerlicher Hindernisse, um Hofübergaben nicht zu
1343 erschweren. Kooperationen wie Maschinenringe oder solidarische Landwirtschaftsmodelle
1344 sollten weiter gestärkt werden. Ebenso wichtig ist der Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten
1345 – von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zur Vermarktung. Klare
1346 Herkunftskennzeichnungen, regionale Produktregale im Handel und verlässliche
1347 Vertragsmodelle können helfen, die Abhängigkeit von großen Handelskonzernen zu
1348 reduzieren und die Sichtbarkeit regionaler Produkte zu erhöhen. Auch Schutzzölle auf
1349 bestimmte Importe sowie ein Abbau unnötiger Bürokratie sind notwendig, um kleinen und

1350 mittleren Betrieben wieder mehr Luft zum Atmen zu verschaffen. Die Verwaltung muss als
1351 Dienstleister für Betriebe und Verbraucher funktionieren und nicht als Hemmschuh.

1352 **14.2. Hochwertige Nutzflächen schützen und erhalten**

1353 Ein weiteres wichtiges Thema ist der Bodenschutz. Die fortschreitende Versiegelung
1354 landwirtschaftlicher Nutzflächen gefährdet nicht nur die Produktion, sondern auch Klima- und
1355 Artenschutz. Neue Photovoltaik- und Windkraftanlagen sollten daher vorrangig auf bereits
1356 versiegelten Flächen entstehen. Zugleich ist die Förderung umwelt- und bodenschonender
1357 Techniken und Anbausysteme eine Investition in die Zukunftssicherheit des Landes.
1358 Landwirtschaftliche Schulen, Dienstleistungszentren sowie wissenschaftliche Einrichtungen
1359 müssen stärker vernetzt und finanziell unterstützt werden. Auch die Feldwirtschaft verlangt
1360 nach neuen Impulsen. Weniger Monokulturen, vielfältige Fruchtfolgen, Blühflächen,
1361 Feldränder und mehr kleinteilige Strukturen stärken das Ökosystem und fördern Insekten- und
1362 Artenvielfalt. In Regionen wie Rheinhessen könnten zusätzliche Bäume und Hecken
1363 Winderosion verhindern und Tieren Schutz bieten. Die Förderung trockenheitsresistenter
1364 Arten sowie eine vernünftige Diskussion über Wild- und Jagdpolitik sind weitere Bausteine.

1365 **14.3. Weinbau zukunftsfähig machen**

1366 Eine besondere Bedeutung für Rheinland-Pfalz hat der Weinbau. Mit mehr als 60.000 Hektar
1367 Rebfläche und sechs von dreizehn deutschen Anbaugebieten finden mehr als 65 Prozent der
1368 deutschen Weinproduktion in unserem Land statt. Viele Weinbaubetriebe geraten jedoch
1369 aktuell in Existenznot. Drohende Betriebsaufgaben und Insolvenzen im größeren Ausmaß
1370 verdeutlichen die Krise. Insbesondere kleinere Weingüter sind betroffen. Die Forderungen der
1371 „Zukunftsinitiative Deutscher Weinbau“, darunter Mindestpreise und eine Erhöhung des
1372 deutschen Weinanteils im Handel, sind daher nachvollziehbar. Nötig sind zudem ein EU-weites
1373 Moratorium für neue Anbauflächen, angepasste Stilllegungsprogramme und der Erhalt
1374 traditioneller Kulturflächen wie Steillagen. Diese sind nicht nur landschaftsprägend, sondern
1375 dienen auch dem Erosionsschutz und der Artenvielfalt. Neue Rebsorten, pilzwiderstandsfähige
1376 Sorten sowie flexiblere Regularien könnten Winzerinnen und Winzern helfen, sich besser auf
1377 den Klimawandel einzustellen.

1378 **14.4. Gleichwertiges Leben in Stadt und Land**

1379 Der ländliche Raum mit seinen Städten und Dörfern ist für die Identität von Rheinland-Pfalz
1380 genauso wichtig wie die großen Städte. Leider wurde aber über Jahrzehnte durch falsche
1381 Politik das Leben im ländlichen Raum immer unattraktiver gemacht, sodass der
1382 Altersdurchschnitt in den ländlichen Regionen immer mehr steigt. Durch den Abbau der
1383 öffentlichen Daseinsvorsorge wie medizinischer Versorgung, ÖPNV oder Abbau von
1384 kulturellen Angeboten möchten sich immer weniger Menschen im ländlichen Raum nieder-
1385 lassen. Unser Ziel ist es, dass das Verhältnis zwischen Stadt und Land wieder ausgeglichen ist
1386 und es wieder für Alt und Jung attraktiv wird, auf dem Land zu wohnen. Das BSW setzt sich
1387 entschieden für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein. Wir glauben an eine
1388 Politik, die unabhängig von ihrem Wohnort gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger
1389 sicherstellt und die Vielfalt unserer Regionen würdigt. Der ländliche Raum ist nicht nur
1390 Produktionsstandort, sondern Lebensraum. Ein gleichwertiges Leben in Stadt und Land ist
1391 möglich, wenn Infrastruktur, ärztliche Versorgung, Bildung und Mobilität verbessert werden.
1392 Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, um Dorfkerne zu erhalten,
1393 Mehrgenerationenmodelle zu fördern und soziale Treffpunkte wie Vereine, Gasthäuser oder
1394 Jugendclubs zu stärken. Der Ausbau schneller Internetverbindungen, die Stärkung der
1395 Nahversorgung sowie steuerliche Anreize für naturnahe Begrünung und Dorfverschönerung
1396 tragen dazu bei, die Lebensqualität zu erhöhen.

1397 **14.5. Tourismus im Einklang mit anderen Interessen**

1398 Mit seinen historischen Städten, Kunst- und Kulturschätzen sowie den landschaftlich reizvollen
1399 Regionen hat Rheinland-Pfalz eine große Anziehungskraft für Besucher aus aller Welt. Um das
1400 erreichte Niveau auszubauen oder wenigstens zu erhalten, bedarf es erheblicher
1401 Anstrengungen, die verfügbaren Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Voraussetzung
1402 dafür ist eine faire Bezahlung, vernünftige Arbeitsbedingungen und eine praxisorientierte
1403 Ausbildung. Diese in den Tourismus fließenden Ressourcen müssen besser genutzt werden,
1404 zum Nutzen der Touristen, der Bewohner vor Ort, aber auch der Beschäftigten. Wir
1405 unterstützen die Vernetzung von Freizeit- und Kultureinrichtungen, regionalen Produkten
1406 sowie Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben, um die Wertschöpfung im Land zu erhöhen.

1407 Der Tourismus stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar – mit rund 26 Millionen
1408 Übernachtungen jährlich und rund 150.000 gesicherten Arbeitsplätzen. Besonders der
1409 Weintourismus ist ein internationales Aushängeschild des Landes. Künftig sollte die
1410 Entwicklung touristischer Angebote im Ein-klang mit den Interessen der Einwohner erfolgen.
1411 Angebote im Bereich Naturerlebnis, Wander- und Radtourismus sowie Wassertourismus haben
1412 großes Potenzial. Eine „Rheinland-Pfalz-Card“, die Landwirtschaft, Kultur und Gastronomie
1413 verbindet, könnte die Identität des Landes stärken und Synergieeffekte zwischen den Branchen
1414 schaffen.

1415 **15. Klima- und Umweltschutz ideologiefrei, Energie aus Bürgerhand**

1416 Klima- und Umweltschutz brauchen Vernunft und Akzeptanz und weniger nutzlosen
1417 Aktionismus und Verbote, die zu Recht von den Menschen als Bevormundung und Gängelung
1418 empfunden werden. Die Veränderung des Weltklimas und die Zerstörung unserer natürlichen
1419 Lebensgrundlagen sind sich gegenseitig verstärkende Phänomene, die die Politik nicht
1420 ignorieren darf. Zu einer seriösen Klima- und Umweltpolitik gehört aber Ehrlichkeit: Die
1421 Energieversorgung Deutschlands lässt sich im Rahmen der heutigen Technologien aktuell nicht
1422 allein durch erneuerbare Energien sichern. Blinder Aktivismus und undurchdachte
1423 Maßnahmen helfen dem Klima nicht, aber sie gefährden unsere wirtschaftliche Substanz,
1424 verteuern das Leben der Menschen und untergraben die öffentliche Akzeptanz sinnvoller
1425 Klimaschutzmaßnahmen. Der wichtigste Beitrag, den unser Land zur Bekämpfung von
1426 Klimawandel und Umweltzerstörung leisten kann, ist die Entwicklung innovativer
1427 Schlüsseltechnologien für eine ressourcenschonende, klimaneutrale und naturverträgliche
1428 Kreislaufwirtschaft der Zukunft. Wir setzen auf regionale Lösungen, Bürgerbeteiligung,
1429 dezentrale Energieversorgung und soziale Ausgewogenheit. Kommunen und Anwohner sollen
1430 von der Energiewende profitieren, deswegen wollen wir die Stromnetze in öffentliches
1431 Eigentum überführen – das schafft Sicherheit und Transparenz. Die notwendigen, natürlichen
1432 Ressourcen in Rheinland-Pfalz sind vorhanden: Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse und
1433 Geothermie im Oberrheingraben müssen weiterentwickelt und gezielt genutzt werden. Dabei
1434 sind Wirtschaftlichkeit und kurze Wege zwischen Erzeugung und Verbrauch besonders zu
1435 berücksichtigen. Die Nutzung erneuerbarer Energien für den Eigenverbrauch von Industrie

1436 und privaten Haushalten sollten bürokratiearm und in schlanken Genehmigungsverfahren
1437 ermöglicht werden. Hier trägt die Landespolitik die Verantwortung für einen einfachen
1438 Genehmigungsprozess und eine direkte, schnelle Netzanbindung. Perspektivisch braucht die
1439 Wirtschaft aufgrund der steigenden dezentralen Energieerzeugung mehr Ansprechpartner vor
1440 Ort. Deshalb sollten Länder und Kommunen generell mehr Zuständigkeiten vom
1441 Bundesgesetzgeber übertragen bekommen. Die Energieagentur Rheinland-Pfalz hat sich
1442 aufgrund ihres regionalen Ansatzes und ihrer punktgenauen, kostenfreien Beratung sehr
1443 bewährt und sollte fortgeführt und insbesondere für den Mittelstand intensiviert werden.

1444 **15.1. Strategien für wirtschaftlich sinnvolle, klimaneutrale Energieversorgung**

1445 Für unsere heimische Wirtschaft sind leistungsfähige, flexible und sichere Energienetze der
1446 Schlüssel für eine zukunftsfähige und auf erneuerbaren Energien beruhenden
1447 Energieversorgung. Die Politik muss sicherstellen, dass Energieerzeugung und -verbrauch
1448 zukünftig deutlich dynamischer und intelligenter funktioniert. Bei stabilen Energiepreisen sind
1449 Erzeuger, Verbraucher und notwendige Speichertechnologien zusammenzuführen, ohne die
1450 internationale Wettbewerbsfähigkeit aus dem Blick zu verlieren. Hierfür braucht unsere
1451 Wirtschaft zwingend regionale Netzkonzepte, die das Zusammenwachsen der drei Sektoren
1452 Strom, Wärme und Verkehr vorausschauend berücksichtigen und sicherstellen. Das
1453 Anwachsen der Elektromobilität, die zunehmende Elektrifizierung des Wärmebereichs oder die
1454 Umstellung ganzer Wirtschaftsbranchen auf elektrifizierte Prozesse benötigt ein Energiesystem,
1455 welches sicher, günstig, flexibel, adaptiv und digital gesteuert wird. Sichere und bezahlbare
1456 Energie muss Vorrang haben vor überstürzten und unrealistischen Ausbauzielen. Stärkeres
1457 Augenmerk muss die Politik deshalb zukünftig auf die Speicherfrage lenken. Dies ist für einen
1458 Industriestandort wie Deutschland unerlässlich. Aktuell sind wir von einem dezentralen und
1459 intelligent gesteuerten Energiemanagement noch weit entfernt und hier hilft uns
1460 „Schönreden“ nicht weiter. Gerade für die Umsetzungsstrategien einer nachhaltigen
1461 Energiepolitik braucht es eine Abkehr von den kartellartigen Strukturen im Energiemarkt und
1462 eine gezielte Bereitstellung von Risikokapital.

1463 15.2. Sozial gerechter Umbau der Energieversorgung ist ein Muss

1464 Die günstige und ausreichende Versorgung mit Energie ist ein Grundrecht der Bürgerinnen und
1465 Bürger. Daran muss die Landespolitik ihre Energie- und Förderpolitik messen lassen. Aktuell
1466 profitiert jedoch nur ein kleiner, privilegierter Teil der Bevölkerung von der Energiewende und
1467 den damit verbundenen staatlichen Förderprogrammen - das muss sich sofort und dauerhaft
1468 ändern. Insbesondere im Bereich der Elektromobilität orientiert sich die Förderung an
1469 Vermögenden und Besserverdienenden, denn mit einem durchschnittlichen Einkommen
1470 können weder Anschaffung noch Unterhaltung derzeitiger E-Modelle sorgenfrei gestemmt
1471 werden. Das ist ein asozialer Politikansatz. Wir benötigen eine Förderpolitik, die sich auf
1472 kleine, bezahlbare E-Autos und Angebote von Sozialleasing nach französischem Vorbild
1473 konzentriert. Der Ausbau von Solaranlagen und Batteriespeichern wird derzeit zum Großteil
1474 von der Bürgerschaft vor Ort getragen. Diese große Leistung wird ausdrücklich anerkannt. Der
1475 richtige Ansatz „Energie aus Bürgerhand“ muss auch auf den weniger kapitalkräftigen Teil der
1476 Bürgerschaft ausgeweitet werden. Die Gewinne dieser Stromerzeugung sollen damit den
1477 Bürgern zugutekommen. Die an sich kostengünstige Energie der Erneuerbaren muss endlich im
1478 Portemonnaie der Verbraucher ankommen. Klimaschutz muss sich rechnen und nicht das
1479 Leben immer teurer machen. Hier brauchen wir insbesondere in Rheinland-Pfalz für die
1480 finanzschwachen Haushalte, aber auch für Menschen in Miete gezielte Förderprogramme. Dies
1481 gilt explizit auch für den Wärmebereich. Wir lehnen die „schleichende Enteignung“ des
1482 Normalverdieners, der sich die vielen wünschenswerten Erneuerungen im Gebäudebereich
1483 nicht leisten kann, entschieden ab. Konzepten mit einer hohen Bürgerbeteiligung ist ein
1484 besonderes Augenmerk zu geben. Bürgerenergiegenossenschaften oder regionale, öffentliche
1485 Energieagenturen leisten einen erheblichen Beitrag, um eine Wertschöpfung vor Ort
1486 sicherzustellen und auch Menschen mit kleinem Geldbeutel an der Energiewende zu beteiligen.
1487 Nur mit Akzeptanz vor Ort und sozial gerecht ausgestalteten Energiekonzepten macht der
1488 Umbau unserer Energieversorgung gesellschaftspolitisch Sinn und kann dann auch dem
1489 Klimaschutz dienen.

1490 **15.3. Krieg und Militär sind Klima-Killer Nummer Eins**

1491 Klimawandel und Umweltschutz sind ernste Herausforderungen. Das BSW steht zum Pariser
1492 Klimaabkommen und für durchdachte Lösungen. Klimakiller Nummer eins ist Krieg. Er
1493 verursacht nicht nur unermessliches menschliches Leid. Zur Herstellung von Kriegsgerät,
1494 während des Krieges und auch durch den anschließenden Wiederaufbau werden enorme
1495 Mengen an Treibhausgasen wie CO₂ und Methan freigesetzt. Bestehende CO₂-speichernde
1496 Ökosysteme werden zerstört. Krieg und Aufrüstung binden zudem enorme finanzielle und
1497 intellektuelle Ressourcen, die für Armutsbekämpfung und den Klimaschutz fehlen. Eine Studie
1498 der Organisation Oil Change International ergab, dass der 2003 begonnene Irakkrieg 141
1499 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen hat. In den ersten drei Jahren des Ukraine-
1500 Krieges wurden schätzungsweise 230 Millionen Tonnen CO₂ und im Gaza-Krieg nach nur 60
1501 Tagen bereits 30 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt. Die Emissionen von Streitkräften
1502 verursachen auf globaler Ebene beträchtliche Schäden. Trotzdem wurde der CO₂-Ausstoß des
1503 Militärs auf Druck der USA im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 ausgeklammert. Kein
1504 Wunder: Das US-Militär ist der weltweit größte institutionelle Verursacher von
1505 Treibhausgasen. Wer ernsthaft Klimaschutz will, muss sich gegen Krieg als Mittel der Politik
1506 stark machen und sich für weltweite Abrüstungsinitiativen und eine neue Entspannungspolitik
1507 einsetzen.

1508 **15.4. Energiewende: Regional und vernünftig**

1509 Das Verbrenner-Verbot und das Heizungsgesetz kosten Bürger tausende Euro – bringen aber
1510 insgesamt keinen wirklichen Klimaschutz. Wir setzen auf Technologieoffenheit statt
1511 Verbotsideologie. Stromnetze gehören in die öffentliche Hand, die Netzentgelte müssen gesenkt
1512 werden und damit eine echte Entlastung für Haushalte und Betriebe schaffen.
1513 Rheinland-Pfalz braucht sichere Energie und eine seriöse Energiepolitik. Diese basiert vor
1514 allem auf einem Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Energiegenossenschaften
1515 ermöglichen Bürgerengagement und Haushalte und Mittelständler können auf diese Weise
1516 gemeinsam in Solaranlagen und Wärmenetze investieren, statt nur Strom zu kaufen. Biogas-
1517 Anlagen auf landwirtschaftlichen Höfen sichern Zusatzeinkommen und schaffen eine Energie,
1518 die nicht auf Kosten der Nahrungsmittelerzeugung geht. Photovoltaik auf Dächern, Parkplätzen

1519 und Werkshallen muss vorrangig ausgebaut werden, statt wertvolle Flächen und Ackerböden
1520 zu versiegeln. Forschungsinvestitionen in neue Speichertechnologien schaffen Perspektiven für
1521 eine saubere Energie der Zukunft. Windkraft kann Teil eines vielfältigen Energiemixes sein –
1522 aber nur dort, wo Windpotenzial, Umweltverträglichkeit und regionale Akzeptanz gegeben
1523 sind. Wir verlangen strenge Standortprüfungen, verbindliche Abstandsregeln, volle
1524 Kostenwahrheit sowie Rückbaupflichten der Windparkindustrie nach Laufzeitende mit
1525 finanziellen Sicherheiten. Kommunen und Bürger müssen an der Windkraftplanung stärker als
1526 bisher beteiligt, Landschaft und Biodiversität konsequent geschützt werden.

1527 **15.5. Zersiedlung stoppen - Natur und Arten schützen durch nachhaltige Forstwirtschaft**

1528 Natürliche Bodenflächen sind buchstäblich die Grundlage für alle Klima-, Natur- und
1529 Artenschutzmaßnahmen. Viel zu lange wurde damit verschwenderisch umgegangen, als handle
1530 es sich um einen nachwachsenden Rohstoff. Damit muss Schluss sein und bevor neue Flächen
1531 versiegelt werden, müssen ungenutzte Siedlungs- und Industrie-brachen zurückgebaut und
1532 wieder verwendet werden. Das BSW will erreichen, dass sich Rheinland-Pfalz dem Ziel der
1533 Nettoneuversiegelung von Null wenigstens annähert. Wir wollen ein landwirtschaftliches
1534 Flächenkataster einführen, um Spekulationen auf Ackerland zu unterbinden und Böden vor
1535 Baudruckzonen zu bewahren. Die Bodenerosion verschärft sich durch Klimawandel und
1536 intensive Landnutzung. Wir wollen Erosionsschutzmaßnahmen durch Gehölzstreifen,
1537 Waldränder und differenzierte Bodenbearbeitung fördern. Der Biotopverbund muss ausgebaut
1538 werden, damit Wildtiere wieder wandern können. Wir fordern ein echtes
1539 Wildtiermanagement statt unkontrollierter Wiederansiedlung und einen Schadensausgleich für
1540 Nutztierhalter oder Landwirte, wenn Wolf und Biber Schäden verursachen. Der Pfälzer Wald
1541 ist das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands und in seinem Bestand stark
1542 gefährdet. Der Wald leidet unter falscher, kommerzieller Nutzung, Trockenheit, Borkenkäfer
1543 und Klimawandel. Eine nachhaltige Forstwirtschaft mit klimaresistenten Mischbeständen und
1544 weniger Monokultur kann dem entgegenwirken und ist eine Generationenaufgabe. Das
1545 Biosphärenreservat Pfälzerwald – Nordvogesen soll seine streng geschützten Kernzonen
1546 zumindest im deutschen Teil deutlich erweitern und durch Biokorridore miteinander
1547 verknüpfen. Private und kommunale Waldbesitzer brauchen weniger Bürokratie und mehr

1548 Förderung – nicht Verbote. Wir unterstützen die Waldrestholz-Nutzung für Biomasse und
1549 Handwerk – auch, um Forstarbeitsplätze zu sichern. Zugleich schützen wir bedrohte
1550 Waldbewohner durch gezielte Biotopmaßnahmen. Natürliche Moore und Feuchtgebiete
1551 binden mehr klimaschädliches CO₂ als jeder tropische Regenwald, doch wurden fast alle
1552 Moorflächen entwässert und zerstört. Deshalb wollen wir noch vorhandene Feuchtgebiete
1553 streng schützen und trockengelegte Moore, wo immer es möglich ist, renaturieren. Der
1554 Grundwasserschutz ist vor dem Hintergrund häufiger, extrem langer Trockenzeiten wichtig. Es
1555 darf nicht mehr entnommen werden, als sich nachbildet.

1556 **15.6. Reparieren statt wegwerfen und Verbraucherschutz stärken**

1557 Wir wollen eine Kennzeichnungspflicht für die Lebensdauer von Produkten einführen und
1558 treten dafür ein, die Mehrwertsteuer auf Reparaturen zu senken. Reparieren soll sich wieder
1559 lohnen. Wichtigstes politisches Ziel ist die Etablierung einer weitgehenden Kreislaufwirtschaft,
1560 die darauf abzielt, Ressourcen sparsam einzusetzen und Materialien so lange wie möglich
1561 wiederzuverwenden oder instand zu setzen. Wir wollen die Menschen vor immer
1562 undurchsichtigeren Verträgen, AGBs und weiteren, kaum noch zu überschauenden Regelungen
1563 zwischen Unternehmen und Verbrauchern schützen und Verbraucherrechte stärken. Deshalb
1564 wollen wir die Arbeit der örtlichen Verbraucherzentralen in Rheinland-Pfalz stärken, die für
1565 Verbraucherinnen und Verbraucher wichtiger denn je ist. Ihre niedrigschwellige Beratung
1566 wollen wir flächendeckend ausbauen, besonders im ländlichen Raum. Außerdem brauchen wir
1567 eine Stärkung der Verbraucherbildung. Die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale
1568 wollen wir auf eine langfristige und stabile Basis heben, dazu bedarf es einer auskömmlichen
1569 und angemessenen Finanzierung. Auch die Beratung zum Mieterschutz und die
1570 Schuldnerberatung wollen wir weiter fördern.

1571 .